

Bezugspreis:
 Vierteljahr 60.— M. monatl. 20.— M.
 drei im Voraus zahlbar. Post-
 bezug: Monatlich 20.— M. ein-
 stellungsgebühren. Unter Kreuzband für
 Deutschland, Danzig, Saar- u. Rhein-
 gebiet, sowie Westpreußen, Ostpreußen u.
 Posen 72.— M. für das übrige
 Ausland 78.— M. Postbestellungen
 nehmen an Belgien, Dänemark, Sch-
 weiz, Finnland, Frankreich, Holland,
 Lettland, Litauen, Norwegen, Ostpreußen,
 Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei
 und Ungarn.
 Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
 beilage „Soll und Sein“, der Unter-
 haltungsbeilage „Drumwelt“ und der
 Beilage „Scheidung und Reingarten“
 erscheint wochentlich zweimal, Son-
 tags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
 Die einspaltige Nonpareilzeile
 kostet 12.— M. „Kleine Anzeigen“
 das fertiggedruckte Wort 2.— M. (zu-
 wissig zwei fertiggedruckte Worte), jedes
 weitere Wort 1.— M. Stellenanzeigen
 und Stellenangelegenheiten das erste
 Wort 2.— M. jedes weitere Wort
 1.50 M. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Familien-An-
 zeigen für Adressanten Zeile 6.— M.
 Die Preise verstehen sich einschließlich
 Steuerungsgebühr.

Anzeigen für die nächste Nummer
 müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
 Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
 straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
 von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
 Fernsprecher: Redaktion Wortplan 15195-97
 Expedition Wortplan 11753-54

Freitag, den 10. März 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
 Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigert-
 Abteilung Wortplan 11753-54

Das Steuerkompromiß.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ teilt mit:
 Die Verhandlungen über das Steuerkompromiß haben am
 Donnerstag abend in einer interfraktionellen Besprechung zu einem
 gewissen Abschluß geführt.

Die Besprechungen galt zunächst dem von der Regierung vor-
 gelegten Mantelgesetz, dessen § 1 besagt, daß die Regierung die
 Mittel für die Kredite, die durch das Reichshaushaltsgesetz des Re-
 chnungsjahres 1922 bereitgestellt und nicht für die Verkehrsmittel be-
 stimmt sind, im Wege einer in Reichsmark einzutragenden, in den
 ersten drei Jahren unverzinslichen Zwangsanleihe in Höhe des
 Gegenwertes von einer Milliarde Goldmark flüssig machen kann. Die
 sozialdemokratischen Vertreter verlangten, daß im § 1 des Mantel-
 gesetz

andere Angaben über die Einziehung der Zwangsanleihe
 festgelegt werden. Demgegenüber wünschten die bürgerlichen Par-
 teien, daß Spezialfragen erst in dem endgültigen Gesetz Geltung
 finden. Nachdem die Regierung und die an dem Kompromiß be-
 teiligten Parteien zu erkennen gaben, daß sie bestrebt sind, die
 Zwangsanleihe schnellstens zur Einhebung zu bringen und die
 Bereitwilligkeit zeigten, entsprechende Erklärungen abzugeben, stellten
 die sozialdemokratischen Vertreter ihre anfänglichen Bedenken zurück.
 Nach der Besprechung des Mantelgesetzes begannen die Erörte-
 rungen über die von der Volkspartei vorgelegte Denkschrift bezüglich
 der „sachlichen und persönlichen Garantien“.

In der Denkschrift wird u. a. verlangt, daß die durch die Zwangs-
 anleihe eingehenden Mittel

**für die sogenannten verbenden Betriebe des Reiches keine
 Verwendung**

finden dürfen. Insbesondere sollen sich Post und Eisenbahn in Zu-
 kunft selbst erhalten. Weiterhin wünscht die Volkspartei, daß die
 Mittel aus der Zwangsanleihe nicht zum Ankauf von Devisen ge-
 braucht werden. Der einzige „Verwendungszweck“ für die einmal
 fließenden Mittel soll der sein: „daß mit ihnen die im Inland aus
 dem Friedensvertrag usw. abzudeckenden Verbindlichkeiten (ein Teil
 der Befehlungsstellen sowie vor allem die Entschädigung deutscher
 Gleisrenten für Sachleistungen) bezahlt werden“. Außerdem werden
 Forderungen verwaltungstechnischer Art aufgestellt. Die Frage der

Vereinfachung der Reichsverwaltung und ihre Vereinfachung

soll unverbindlich geregelt werden. Dazu sei erforderlich, daß diese
 Frage nicht als Nebenaufgabe in einem Ministerium behandelt wird,
 sondern daß man sie als Hauptaufgabe in die Hände eines Organs
 legt, das sich ihr ausschließlich widmet und dessen Spitze nicht nur
 die volle Verantwortung für die Arbeit trägt, sondern auch schon
 durch ihre äußere Stellung die nötige Stärke besitzt, um sich den
 Ressorts gegenüber kraftvoll durchzusetzen. Es wird vorgeschlagen,
 eine besondere Persönlichkeit mit der Aufgabe zu betrauen und dieser
 Persönlichkeit eine kleine Kommission besonders ausgewählter Sach-
 verständiger zur Mitarbeit zu unterstellen. In bezug auf die Wahl
 des Sparkommissars wird eine politisch unbefleckte Persönlichkeit
 gefordert, die in der Reichs- und Staatsverwaltung praktisch durch-
 aus erfahren ist. Eisenbahn und Post sollen durch den sogenannten
 „Berechnungs- und Vereinfachungskommissar“ entpolitisiert, rein
 wirtschaftlich behandelt und unter den Gesichtspunkt gesunder Ge-
 schäftsabwicklung gestellt werden. Gewünscht wird ferner, daß die
 Stellung des Reichsfinanzministers erheblich verstärkt und den
 Finanzministern der Bundesstaaten ein unbedingtes Einspruchsrecht
 gegen erhebliche Neubelastung des Reiches gewährt wird.
 Soweit rein wirtschaftliche Forderungen in Frage kommen, ver-
 langt die Volkspartei, daß die Zwangswirtschaft für die

Gütererzeugung wie für den Güterabfuhr im In- und Auslande und
 insbesondere auch in bezug auf
 die Preisbildung nach und nach abgebaut wird.

Neue Maßnahmen, die die deutsche Wirtschaft betreffen, sollen in aller-
 größter Vorsicht auf ihre Wirkung in der Richtung der Möglichkeit
 einer Hemmung oder Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit der
 Wirtschaft geprüft werden. Insbesondere wird die Forderung auf-
 gestellt, daß über wirtschaftliche Verpflichtungen, die wir gegenüber
 den Ententestaaten übernehmen, nicht die Regierung allein entscheide,
 sondern sowohl die berufenen Wirtschaftsvertretungen, wie auch die
 parlamentarische Vertretung des deutschen Volkes gehört werden und
 man sich über die berechtigten Wünsche, die dabei zum Ausdruck
 kommen, nicht hinwegsetzt.

In der Denkschrift wird also weder die große Koalition zur Be-
 dingung gemacht, noch werden Forderungen derart gestellt, wie sie
 die volksparteiliche Presse seit Wochen angekündigt hat. Die Ver-
 treter der Parteien waren deshalb bei Kenntnisnahme der Denkschrift
 nicht unangenehm enttäuscht. Sowohl der Vertreter der Demo-
 kraten wie die Vertreter des Zentrums brachten zum Ausdruck, daß
 die Bedingungen nicht den Konfliktstoff enthielten, den man von
 ihnen befürchtet hätte.

Genosse Hermann Müller führte aus, daß man sich mit der
 Tendenz der Denkschrift, allgemein zu sparen, wohl einverstanden er-
 klären könne. In bezug auf den geforderten Abbau der Zwangs-
 wirtschaft äußerte Müller, daß auch die Sozialdemokratie nicht an
 der Kriegszwangswirtschaft festhalte, daß man aber
 an einen radikalen Uebergang zur freien Wirtschaft nicht denken könne.
 Mit der Einziehung eines Sparkommissars erklärten sich die sozial-
 demokratischen Vertreter einverstanden, wiesen aber gleichzeitig auf
 gewisse Bedenken hin, die dem gegenüber stehen.

Der Reichskanzler Dr. Brüning erklärte sich mit den Grundzügen
 der Denkschrift einverstanden. Er betraute die Forderungen der
 Volkspartei als Richtlinien, über deren Einzelheiten in einer Kom-
 mission noch Beratungen geführt werden müßten. Soweit die
 Forderungen auf Veränderung der Wirtschaftspolitik hinauslaufen,
 wäre es notwendig, daß die Parteien ihre besten Wirtschaftskenner in
 eine Kommission delegieren, damit eine

eingehende Prüfung aller Wirtschaftsfragen
 vorgenommen werden kann. Mit besonderem Nachdruck betonte der
 Kanzler, daß die Frage der

**Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide allgemein ernstern
 Beforgnissen begegnet.**

Es sei unverkennbar, daß die Preissteigerungen für landwirt-
 schaftliche Produkte weit über die Steigerungen für industrielle Er-
 zeugnisse hinausgehen. Ein starker Unwille sei deshalb nicht nur in
 den Kreisen der Arbeiter und mittleren Beamten, sondern auch im
 starken Maße bei den höheren Beamten vorhanden. (Diese Auf-
 fassung wurde von den sozialdemokratischen Vertretern stark unter-
 strichen.) Brüning hielt es für notwendig, daß in naher Zeit die
 Parteien zu dieser Frage Stellung nehmen. Zum Schluß sprach der
 Kanzler die Ansicht aus, daß sich durch die Aussprache der vier
 bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie die Bereitwilligkeit
 zur Durchführung des Steuerkompromisses ergeben habe und daß er
 nunmehr daran gehen könne, das Finanzministerium endgültig
 zu befehlen.

Anschließend an die interfraktionellen Besprechungen, gegen
 8 Uhr abends, trat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu-
 sammen, um sich mit dem Ergebnis der interfraktionellen Beratungen
 zu beschäftigen.

Die Fraktion billigte die von ihren Vertretern während der
 interfraktionellen Besprechungen zum Ausdruck gebrachte Auffassung.

Der Erzberger-Mord im bayerischen Landtag

München, 9. März. Im Staatshaushaltsausschuß des Land-
 tages erklärte der Minister des Innern, daß es trotz Auf-
 hebung des Befragungszustandes gelungen sei, Ruhe und
 Ordnung aufrecht zu erhalten. Falls sich Schwierigkeiten er-
 geben sollten, würde die Regierung nicht verfehlen, mit Aus-
 nahmemitteln einzugreifen, wozu Vorbereitungen getroffen worden
 seien. In der Aussprache erklärte Abgeordneter Brosius (Mittel-
 partei), daß die Regierung bemüht gewesen sei, die neuerlichen
 Uebergriffe in die bayerische Polizeihohheit zurückzuweisen. Ab-
 geordneter Enders (Soz.) erklärte, seiner Partei sei es viel weniger
 wichtig, ob da oder dort sich Uebergriffe ereigneten, als daß die
 Würde Erzbergers endlich erwiesen werden. Wenn es sich um einen
 feigen Mordanschlag handelte, müßten alle Behörden zur
 Aufklärung zusammenarbeiten, und man müsse ein Auge zu-
 drücken, wenn dabei ein Uebergriff unterlaufe. Abgeordneter
 Blumtritt (U. Soz.) bemerkte, seine Partei sei gegen jedes
 Spitzeltum, aber dem Reiche müsse man das Recht zugesprechen,
 die Ausführungen der Reichsgesetze und der Verfassung zu über-
 wachen.

Abg. Heide (Bayer. Ep.) meinte, es seien nicht die schlechtesten
 Deutschen, die sich gegen solche Kompetenzverletzungen wendeten.
 Was den Erzberger-Mord anbelange, so habe die Justiz selbstver-
 ständlich die Pflicht, alles Material sicherzustellen, aber die vor-

gekommenen Uebergriffe seien ein Mißtrauen gegen die bayerische
 Regierung und nach keiner Richtung hin berechtigt.

Frankreichs Schulden und Deutschland.

Der frühere Minister im Kabinett Briand für die Wieder-
 herstellung der zerstörten Gebiete, der Großindustrielle Doucheur,
 erklärte vor kurzem in einer Rede: Es ist überhaupt nicht daran zu
 denken, daß Frankreich auch nur einen Pfennig von seinen Schul-
 den an Amerika bezahlen wird. Amerika hat alles Gold der
 Welt aufgesaugt, Waren will es nicht in Empfang nehmen, wie soll
 man da zahlen? fragt er.

Die englische Zeitschrift „Nation“ knüpft daran folgende Be-
 merkungen: Doucheur sagte es nicht, meinte aber sicher, daß es mit
 Frankreichs Schuld an England sich genau so verhalte.
 Wenn aber Frankreich, dessen Währung immerhin noch die Hälfte
 des Vorkriegswertes besitzt, das neue und wertvolle Gebiet mit
 Eisen, Kautschuk und Kohle sich angegliedert hat, dessen überseeische Ver-
 bindungen unverfehrt geblieben sind, und darüber hinaus noch von
 Deutschland Entschädigung erhält, seine Schulden nicht zu begleichen
 vermag, wie kann man da vernünftigerweise annehmen, daß
 Deutschland und Rußland ihre gesamten Schulden begleichen
 können? Der grausame Gläubiger, welcher selbst ein schlechter
 Schuldner ist, bietet nicht nur ein moralisches Bild, er verflucht auch
 gegen den gesunden Menschenverstand.

Zur Lohnfrage.

Von E. Mehlisch, Dortmund.

Die Frage der gleitenden Lohnskala ist durch das zweifel-
 los vorhandene Bedürfnis nach einer planmäßigeren Gestal-
 tung der Löhne in Fluß gekommen. Die ständig wachsende
 Teuerung macht eine Unzahl von Lohnverhandlungen in den
 verschiedenen Orten und Gewerben notwendig. Es wird ein
 ungeheurer Aufwand an Zeit und Kraft erfordert, um letzten
 Endes ein Ergebnis zu zeitigen, das in seltensten Fällen be-
 friedigt, weil es von der fortschreitenden Teuerung überholt
 ist. Wenn sich angesichts solcher Verhältnisse das Bedürfnis
 geltend macht, zu einer anders gearteten Lohngestaltung zu
 kommen, so ist das durchaus begründlich.

Ob dieses Ziel aber durch die gleitende Lohnskala ver-
 wirklicht werden kann, muß mindestens als zweifelhaft be-
 zeichnet werden. Es sollen hier nicht die Einwände wieder-
 holt werden, die in den Artikeln des Herrn Reichsarbeits-
 ministers und des Genossen Lindow enthalten sind. Vielmehr
 möchte ich einige Gesichtspunkte hervorheben, die auch der
 Genosse Grelling in seinem Artikel nicht in ihrer vollen Be-
 deutung beachtet hat.

Zunächst ist festzustellen, daß die heutige Lohnent-
 wicklung nicht nur von den tatsächlichen Kosten der Lebenshaltung
 ausgeht, sondern auch von einer Reihe anderer Momente
 wesentlich beeinflusst wird. Bei guter Konjunktur und in
 solchen Gewerben, wo Lohnhöhungen glatt auf die Preise
 umgelegt werden können (wie z. B. im Bergbau oder Bau-
 gewerbe) zeigt sich die Neigung zu starker Steigerung der
 Löhne als dort, wo mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu
 rechnen ist. Wer Gelegenheit hat, die Wirkung dieser Er-
 scheinung zu beobachten, wird feststellen müssen, daß sie
 häufig starke Entlohnungsverschiebungen zur Folge hat, in-
 dem bisherige im Lohn an der Spitze stehende Arbeitergruppen
 von anderen mit bisher niedrigeren Löhnen überflügelt wer-
 den, eine Entwicklung, die nicht nur für die betroffene Ar-
 beitererschaft, sondern auch für die Industrie bedeutsam ist,
 die damit einen Anreiz zur Heranholung notwendiger Ar-
 beitskräfte ausüben kann. Andererseits bleiben auch häufig
 Bezirke mit schlechtgehenden Industrien weit hinter anderen
 Bezirken mit besserer Wirtschaftslage zurück. Das bedeutet
 nun aber nicht, daß etwa die Gewinne schlechter für die Höhe
 der Löhne richtunggebend sind. Diese kann vielmehr durch
 die Struktur eines Lohnbezirks wieder wesentlich beeinflusst
 werden. In der Eisenindustrie sind z. B. die größten und
 kleinsten Betriebe mit der unterschiedlichsten Erzeugung
 meistens in einem Arbeitgeberverband zusammengefaßt.
 Wie häufig erlebt man es nicht, daß ein Teil der Betriebe
 wegen Arbeitsmangel oder anderer Schwierigkeiten (Kohlen-
 versorgung usw.) fast vor dem Zusammenbruch steht, während
 ein anderer mit großen Gewinnen arbeitet. In einem solchen
 Fall wird es sehr selten der prosperierende Teil der Unter-
 nehmungen sein, nach deren Leistungsfähigkeit die Löhne fest-
 gesetzt werden, sondern vielmehr wird die Neigung bestehen,
 die schlechtesten Verhältnisse zur Grundlage der Lohnbemessung
 zu machen. Inwiefern das gelingt, hängt von der Stärke der
 Gewerkschaften, oft aber auch von der Gesamtkonjunktur und
 dem Maß der Teuerung ab.

Auf jeden Fall ergibt sich daraus, daß die Festsetzung des
 Lohnes nach allgemeinen Teuerungszahlen einmal die Aus-
 nutzung einer Industriekonjunktur hindern und der Wirt-
 schaft selbst Schaden müßte. Zum anderen aber würde die
 Industrie ohne Rücksicht auf ihre Leistungsfähigkeit belastet,
 ein Umstand, der auch den Arbeitern daniederliegender Ge-
 werbe meist nicht ganz nebensächlich erscheint; denn die Er-
 haltung der bisherigen Arbeitsgelegenheit bedeutet für sie
 immerhin ein gegen die Erwerbslosenunterstützung erhöhtes
 Einkommen. Die Frage, daß selbstverständlich in solchen
 Fällen der Lohn nicht unter ein gewisses Existenzminimum
 fallen darf, kann hier ausbleiben.

Aus dieser Verknüpfung der Wirtschaftslage mit der
 Lohnentwicklung geht hervor, wie eng die Frage der Löhne
 mit der der allgemeinen Wirtschaft zusammenhängt. Ohne
 eine planvollere Organisation der ganzen
 Wirtschaft läßt sich auch keine Lohnplanwirt-
 schaft durchführen. Wenn alle Betriebe aus einer
 Klasse wirtschafteten, würde die Lohnpolitik sich wahrscheinlich
 einfacher gestalten lassen. Solange sie aber mit der Wirt-
 schaftlichkeit der einzelnen Gewerbe und Betriebe aufs engste
 verbunden ist, muß die Regelung nach den Lebenshaltungskosten
 allein an den harten Tatsachen des wirtschaftlichen
 Lebens scheitern. Man mag das bedauern, ändern läßt es
 sich ohne weiteres nicht.

Am leichtesten wäre die gleitende Lohnskala nach auf die
 Arbeiter, Angestellten und Beamten des Reiches, der Länder
 und Gemeinden anzuwenden, wenn nicht hier auch die erste
 Voraussetzung, eine wirklich gerechte Lohn- bzw. Gehalts-
 grundlage, Schwierigkeiten bereite. Diese brauchen aller-
 dings nicht unüberwindlich sein, aber daneben bleibt immer
 noch die weitere Frage, ob man auf die Dauer mit praktischem
 Erfolg einzelne Arbeitnehmergruppen in ihren Bezügen be-
 sonderen Gesetzen unterwerfen kann. Tritt etwa — was bei

Amerikas Genua-Note.

Washington, 9. März. (Reuter.) Staatssekretär Hughes schreibt in seiner Note an den italienischen-Botschafter Ricci über die Genuaer Konferenz:

Seit Empfang der ersten Note Curers Eggellens ist die Frage der Teilnahme der Vereinigten Staaten an der vorgeschlagenen Konferenz ernstlich in Ermägung gezogen worden. Sie werden verstehen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten ein großes Interesse an jeder Konferenz nehmen muß, welche wirksame Maßregeln zur Förderung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas verheißt, denn nicht nur ist es unser inniger Wunsch, daß die Völker, welche am meisten unter den durch den Krieg hervorgerufenen Verwüstungen und Erschütterungen litten, zur Wohlfahrt zurückkehren, sondern es ist auch klar, daß

ohne eine Gesundung Europas von einer Besserung der Welt keine Rede

sein kann. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat mit diesem teilnehmenden Empfinden und mit dem größten Widerstreben, jedem geeigneten Schritt zur Erreichung dieses Zieles ihre Unterstützung vorzuzusetzen zu müssen, die in Cannes angenommene Entschließung und das für die Konferenz vorgeschlagene Programm geprüft.

Mit Bedauern benachrichtige ich Eure Excellenz, daß als Ergebnis der stattgehabten Prüfung festgestellt worden ist, daß man unmöglich dem Schluß entgegen kann, daß

die vorgeschlagene Konferenz in der Hauptsache keine Wirtschaftskonferenz

ist, sind doch von den Beratungen Fragen ausgeschlossen worden, ohne deren zufriedenstellende Lösung die Hauptursachen der wirtschaftlichen Störung weiterwirken müssen, sondern daß sie eher einen politischen Charakter trägt, woran die Regierung der Vereinigten Staaten sich in nützlicher Weise nicht beteiligen könnte. Die Regierung der Vereinigten Staaten muß auf die klar ausgesprochene Ueberzeugung des amerikanischen Volkes Rücksicht nehmen, daß, wie sehr die Regierung es auch wünscht — und sie hat Beweis dafür in reicher Fülle erbracht —, in angemessener Weise an dem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens Europas teilzunehmen, sie doch nicht ohne dringende Notwendigkeit in Fragen der europäischen Politik verwickelt werden sollte. Hinsichtlich Rußlands mag hinzugefügt werden, daß die Regierung der Vereinigten Staaten zwar darauf bedacht ist, alles, was in ihren Kräften steht, zur Förderung der Wohlfahrt des russischen Volkes zu tun, und daß sie mit dem lebhaftesten freundschaftlichen Interesse jeden Schritt auf dem Wege zur Wiederherstellung wirtschaftlicher Bedingungen begleitet, die es Rußland gestatten, seine produktive Kraft wiederzugewinnen, daß sie aber der Meinung ist, daß solche Bedingungen solange nicht festgestellt werden können, als nicht ein entsprechendes Vorgehen der für Rußlands gegenwärtige wirtschaftliche Zerrüttung hauptsächlich Verantwortlichen erfolgt ist.

Die Meinung der Regierung der Vereinigten Staaten geht auch dahin — und sie ist dessen sicher, daß sie von den Regierungen, die die Konferenz einberufen haben, geteilt wird — daß, solange man noch auf die

Sicherstellung der unbedingt notwendigen Sicherheiten

für Rußlands Produktivität wartet, auf die in der am 25. März 1921 veröffentlichten Erklärung der Regierung der Vereinigten Staaten hingewiesen wurde und ohne die, wie die Regierung der Vereinigten Staaten glaubt, jede Prüfung eines wirtschaftlichen Wiederaufbaues wertlos ist, nichts unternommen werden sollte mit dem Ziele, in Rußland wirtschaftliche Vorteile zu erlangen, welche berechtigter Möglichkeiten anderer Schmäleren würden. Vielmehr sollten die Hilfsquellen des russischen Volkes von einer derartigen Ausbeutung frei gehalten werden, und eine

unparteiliche und billige Möglichkeit zur wirtschaftlichen Betätigung sollte sowohl im Interesse des russischen Volkes wie in dem aller Mächte sichergestellt werden.

Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten auch nicht glaubt, an der vorgeschlagenen Konferenz teilnehmen zu sollen, so gibt sie sich doch aufrichtig der Hoffnung hin, daß ein Fortschritt gemacht werden möge in der Bahnung des Weges für eine even-

tebhaftere Handels- und Verkehrsbeziehungen bestanden. Dem Schrifttums nach gehören die Inskriften etwa ins vierte vorchristliche Jahrhundert. Bis dahin waren offenbar die Handelsbeziehungen der Etrusker nach den Rheinländern vorherrschend, in der Folgezeit sind sie dann von der römischen Konkurrenz verdrängt worden.

Der Käbezahel des Himalaja. Ueber das Tierleben im höchsten Berggebiet der Erde haben die Mitglieder der Raunt-Everest-Expedition höchst merkwürdige Beobachtungen gesammelt. In einem Lager, das für einige Tage in reichlich 6000 Meter Seehöhe auf einer Felsplatte zwischen zwei Gletschern aufgeschlagen worden war, fanden sich Bergkrähen allnächtlich an den Choocräten gütlich; es muß für sie das größte Fest ihres Lebens gewesen sein, denn es ist einfach unerfindlich, wovon sie sich sonst ernähren. Das waren aber noch nicht die höchsten Spuren des Lebens, denn bis etwa 6500 Meter Meereshöhe, also gegen 2000 Meter höher als der höchste Punkt Europas, wurden noch Spuren von Hasen, Füchsen und Wölfen beobachtet, und die großen Fährten einer mächtigen grauen Wolfart, die denen eines barfüßigen Menschen ähneln, haben wahrscheinlich den Anlaß zu dem tibetianischen Märchen vom Schneemann gegeben, der dicht behaart auf den Schneebergen haust und von ihnen herabkommt, um auf ungezogene Kinder Jagd zu machen. Man kann ihm nur entrinnen, wenn man bergab läuft; beim Bergabsteigen fallen ihm nämlich seine langen Haare ins Gesicht, so daß er nicht mehr deutlich sehen kann. So erzählen die tibetianischen Mütter des Himalaja ihren Kindern, wenn diese nicht folgen wollen. Liegt nicht ein tieferer Sinn darin, daß der Kinderscheß in unseren schneeigen, rauchigen Städten der schwarze Mann heißt, im Himalaja „der Wohnung des Schnees“, aber der Schneemann?

Ein salomonisches Urteil. Die Trennung des Hanshaltes, die bei Ehescheidungsprozessen manchmal vom Gericht gefordert wird, läßt bei der gegenwärtigen Wohnungsnot auf große Schwierigkeiten und hat in manchen Fällen zu sehr merkwürdigen Regelungen geführt. Wie der bekannte Jurist Hebebrandt Ed. Heilbron in „Reclams Universallexikon“ erzählt, begehrte in einem solchen Prozeß die Frau die einstweilige Trennung von ihrem angeblich untreuen Manne bis zum Erlaß des Urteils. Die Ehescheidungskammer des Landgerichts, die hierüber zu entscheiden hatte, wollte aber weder den Mann noch die Frau aus der Ehemohnung heraussehen, weil keiner von ihnen anderweitig ein angemessenes Unterkommen hätte finden können. Deshalb ordnete das Gericht eine Teilung der bisher gemeinschaftlichen Räume an und führte diese auch hinsichtlich der unteilbaren Lokalitäten, wie Badezimmer, Klosett usw., bis aufs Feinste durch. Das Gericht sollte nämlich für diese unbedingt notwendigen Räume genaue Benutzungsstunden fest, an die sich Mann und Frau halten sollten. Das Urteil hat mit dem dem weisen Salomon zweifellos eine gewisse Ähnlichkeit. Wir fürchten aber, daß seine praktische Durchführung zuweilen doch heftige und drangsalvolle Schwierigkeiten verursachen wird.

Reinhardt's russische Reizepläne. Ob die Petersburger Theatergesellschaft „Edin Mirator“ berichtet, finden zwischen den Petersburger Bühnen und Max Reinhardt Verhandlungen über eine Kasse nach Petersburg statt. Reinhardt ist die Aufführung mehrerer Theaterstücke zugebach-

tauelle Besprechung der Regelung der grundlegenden wirtschaftlichen und finanziellen Fragen des europäischen Wiederaufbaues, die zu einer Lösung drängen.

Die Haltung der Vereinigten Staaten der Konferenz von Genua gegenüber ist nicht überraschend. Auch der Inhalt der Note enthüllt keine Geheimnisse. Man kann es den Vereinigten Staaten nachfühlen, wenn sie keine Luft verspüren, sich in das Ueberwörter der europäischen Intrigen einspannen zu lassen. Dieses politische Widerpiel auseinanderstrebender Kräfte hat seit der Liquidation des Weltkriegs nur zu gut bewiesen, daß es ungeeignet ist, auch nur einen Stein wieder aufzubauen, den der Krieg zertrümmert hat. Soldaten sind schlechte Handwerker und Diplomaten nicht immer gute Rechenkünstler. Das neue Europa verlangt nichts so sehr als eine Erholungspause von der Politik. Wenn man Europa wieder aufbauen will, kann man nicht einen Teil Europas in seiner natürlichen Entwicklung hemmen wollen. Wenn in Genua über den Wiederaufbau Europas beraten werden soll, ist es ein Unsinn, die Fragen von vornherein auszuschalten, von denen der Wiederaufbau abhängt. Das ist die gesunde Logik, die die amerikanische Regierung davon abhält, ihre Zeit in Genua zu vergeuden.

Damit ist nicht gesagt, daß die Konferenz von Genua nunmehr zwecklos geworden ist. Hughes sagt deutlich genug, daß die Vereinigten Staaten jederzeit bereit sind, in Erscheinung zu treten, wenn es sich um den wirtschaftlichen Wiederaufbau handelt. Aber Voraussetzung dafür ist — auch das verheißt die Note nicht — eine für Deutschland erträgliche Lösung des Reparationsproblems und eine Finanzpolitik, die ihr Kapital nicht in Riesenhäusern und Besatzungstruppen erschöpft. Wenn auch Frankreich nicht in der Note genannt ist, so richten sich diese Worte doch in erster Linie an die französische Regierung. Frankreich bleibt es also vorbehalten, über das Schicksal Europas zu entscheiden. Es ist noch immer so viel von der Schuld am Kriege die Rede. Viel größer wird die Schuld derer sein, die nach diesem Kriege den Weg zum Frieden nicht zurückfinden.

„Temps“ über die amerikanische Ablage.

Paris, 9. März. (E.P.) Der „Temps“ kommentiert in pessimistischer Weise die Note, worin Amerika seine Beteiligung an der Konferenz von Genua absagt. Europa werde aus seinen gegenwärtigen Schwierigkeiten herauskommen, aber die Entwicklung, die dann folgen wird, wird unbedingt verursachen, die soziale Krisis in Amerika zu verschärfen. Was bleibt nun noch nach der amerikanischen Weigerung von der Konferenz, die in Genua stattfinden soll? Sie ist von vornherein durch die Abwesenheit Amerikas nutzlos gemacht. Gewisse Propagandisten werden sagen, diese Frage aufzuwerfen, bedeute den Wiederaufbau Europas zu sabotieren. Aber diese Frage nicht stellen, heißt sich über das Publikum lustig machen. Was bedeutet der Wiederaufbau Europas ohne die Hilfe Amerikas? So ist die Konferenz von Genua inaktiv. Man müßte sie rasch durch einen besser ausgearbeiteten Aktionsplan ersetzen.

Ein englischer Reparationsplan?

Paris, 9. März. (W.B.) „Pest Journal“ will wissen, daß Sir Robert Horne, der englische Finanzminister, bei der Besprechung der Finanzminister einen ins einzelne gehenden Plan über die Reparationen und die Zinsmäßigkeit der deutschen Schuld vorlegen wird. Vorgestern hatte er Besprechungen mit Ihenus und Peano.

Krach in der Finanzkonferenz?

Paris, 9. März. (E.P.) Am Donnerstag vormittag 11 Uhr fand eine Beratung der alliierten Finanzminister statt, die bis gegen 2 Uhr dauerte. Aus offiziellen Kreisen erfährt der „Temps“ über die Beratungen folgendes: Die Vertreter Englands, Belgiens und Italiens, die nach Paris gekommen waren in der Ueberzeugung, daß die Konferenz die in Cannes gefaßten Beschlüsse ratifizieren werde, waren sehr überrascht, als de Lasteyrie ihnen die französische Denkschrift überreichte, worin erklärt wird, daß die seit Spa eingegangenen Abmachungen nicht ratifiziert wurden. Im französischen Parlament gab es zwar Briand und Douceur Erklärungen ab, aber das Parlament vollerte die getroffenen Abmachungen nie, weshalb die Besprechungen wieder ausgenommen werden mußten und der französische Außenminister das Memorandum überreichte.

Die Diskussion war sehr peinlich und die alliierten Finanzminister erklärten, daß sie erwartet hätten, man würde das Abkommen von Cannes sofort ratifizieren, während das Memorandum de Lasteyrie an diesen Abmachungen wesentliche Änderungen vornimmt. Das Memorandum wurde von den Sachverständigen geprüft und gleichzeitig mit den Projekten von London (Dezember 1921) und von Cannes (Januar 1922) verglichen. Die Sachverständigen erkannten an, daß tatsächlich die früheren Abmachungen in gewisser Hinsicht abgeändert werden sollten, aber andererseits würde darauf verwiesen werden, daß im Rahmen Frankreichs früher bestimmte Verpflichtungen eingegangen wurden. Demnach könnten die Änderungen, die im Projekt von Cannes getroffen werden müssen, nur von untergeordneter Bedeutung sein, und wenn man sich an die früher beschlossenen Abmachungen nicht halten wollte, so würde man zu dem Abkommen von Spa zurückkehren, da seit dessen Unterzeichnung keine weiteren Abkommen ratifiziert worden seien und keine anderen noch Rechtsgültigkeit hätten.

Aber seit dem Abkommen von Spa erzielte Frankreich bei den alliierten Beratungen gewisse Vorteile, die nicht vernachlässigt werden dürfen, namentlich bezüglich der Naturallieferungen, des deutschen Kohlenpreises und der Abtretung von 140 Milliarden Goldmark. Wenn die bei Spa getroffenen Abmachungen erfüllt werden sollten, dann würde Frankreich dieser Vorteile verlustig gehen, und das Abkommen von Spa, das in mehrfacher Hinsicht den französischen Wünschen nicht entspreche, würde wiederkommen und in vollem Umfang wirksam werden. Frankreich ist also in verschiedener Hinsicht gebunden. Man glaubt demnach, daß die Abmachungen, die die Finanzministerkonferenz treffen wird, nicht zu sehr von den Beschlüssen von Cannes abweichen werden.

Der Kampf um den Weltfrieden.

Die Verträge, die auf der Konferenz von Washington zwischen den großen Seemächten vereinbart wurden, wurden in den Vereinigten Staaten zum Teil lebhaft kritisiert. Vor allem wendet sich ein Teil des Senats gegen das Viermächteabkommen über den Stillen Ozean, von dem man befürchtet, daß es die Vereinigten Staaten in politische Abhängigkeiten verwickelt. Die Oppositionspartei ist stark genug, um das Abkommen zu Fall zu bringen. Damit wären aber auch die anderen Verträge der Washingtoner Konferenz gefährdet. Man braucht es

deshalb nicht für eine leere Drohung zu halten, wenn Präsident Harding die Absicht ausdrückt, bei einer Ablehnung des Vertrages zurückzutreten. Vorläufig versuchen Harding und seine Freunde im Senat eine bessere Stimmung für das Abkommen zu schaffen. So erklärt Harding in einem Brief an den Senat, daß das Neunmächteabkommen über China völlig die zwischen Lansing und Ishii getroffenen Abmachungen über China ersetze. Das Viermächteabkommen im Stillen Ozean berühre China nicht und stehe in keiner Beziehung zu dem Notenustausch zwischen Lansing und Ishii, der keine zwingende Verpflichtung darstelle und in keiner Weise mit den im Neunmächteabkommen ausdrücklich ausgedrückten Prinzipien übereinstimme. Das Neunmächteabkommen trete an Stelle aller Abmachungen ober Erklärungen über China als zwingendes internationales Abkommen.

Senator Lodge trat in einer großen Rede im Senat für die Ratifikation des Viermächteabkommens ein. Die Ablehnung der Ratifikation sei eine Gefährdung des Abkommens über die Flottenrüstungen. Das Viermächteabkommen scheide die englisch-japanische Allianz aus und damit die größte Gefahr für die amerikanischen Beziehungen zum fernen Osten. Die Vereinigten Staaten, welche die Konferenz von Washington veranstaltet und selbst auf dieser Konferenz Vorschläge gemacht hätten, könnten die Ratifikation des Vertrages nicht ablehnen, um sich nicht in die unangenehme Isolierung einer bis an die Zähne bewaffneten Einheitsnation zu begeben, welche ständig in der Aussicht auf einen neuen Krieg leben würde. Der Viermächtevertrag lege den Vereinigten Staaten nur die Verpflichtung auf, sich mit den übrigen Unterzeichnern ins Benehmen zu setzen. Die Befestigung der englisch-japanischen Allianz mache die Herabsetzung der Flottenrüstungen möglich. Die Ablehnung des Viermächteabkommens sei gleichbedeutend mit dem Scheitern der Konferenz. Nach dem „New York Herald“ erklärte Lodge, die aus der Abrüstungskonferenz hervorgehenden Verträge würden entweder ratifiziert oder man müsse mit der Erneuerung der englisch-japanischen Allianz und einem unbegrenzten Wettrüsten rechnen.

Indien und der Orient.

London, 9. März. (W.B.) Das Reuterische Bureau meldet aus Delhi: Die indische Regierung richtete an die englische Regierung ein Telegramm, in dem sie mit Nachdruck auf die in Indien herrschende Stimmung hinsichtlich der Notwendigkeit einer Revision des Vertrages von Secres hinweist, durch die die Beschwerden der indischen Muselmanen befriedigt würden. Die indische Regierung verlangt unter der Bedingung der Neutralisierung der Meerengen und der Gewährleistung der Sicherheit der nichtmuselmanischen Bevölkerung in besonderen dreierlei: nämlich Räumung Konstantinopels, die Souveränität des Sultans über die heiligen Stätten, die Wiederherstellung von Türkisch-Thrazien mit Adrianopel und Rückgabe von Smyrna. Die Erfüllung der letztgenannten drei Punkte sei von höchster Bedeutung für Indien.

Es ist bemerkenswert, daß die indische Regierung, die die Interessen der britischen Krone vertritt, sich genötigt sieht, die englische Regierung auf die Zusammenhänge zwischen der indischen Aufstandsbewegung mit den Kämpfen der Kemisten um die Befreiung der Türkei aufmerksam zu machen. An der Spitze der indischen Unabhängigkeitsbewegung steht Gandhi, eine Persönlichkeit, die in ihrem Lande fast das Ansehen eines Propheten genießt und die den Kampf gegen England mit den Mitteln der passiven Resistenz und des Boykotts predigt. Die Lage in Indien muß drohend sein, als es die englischen Staatsmänner leihim im Unterhause darstellten, wenn die Vertreter der englischen Krone in Indien den Rat erteilen, der kleinasiatischen Kemalisten-gruppe derart weitgehende Zugeständnisse zu machen, um die Bevölkerung Indiens zu beruhigen.

Generalstreik in Südafrika.

London, 8. März. (W.B.) Wie aus Johannesburg in Südafrika gemeldet wird, ist die Lage im Randminengebiet sehr ernst. Eine große Anzahl Arbeiter aller Erwerbszweige hat dem Befehl zum Generalstreik Folge geleistet. Im Mittelpunkt der Stadt sind die Läden geschlossen. Der Verkehr ruht.

Der Kampf um die Volksschule.

Im Preussischen Landtag ging am Donnerstag die allgemeine Beratung des Abschnitts „Volksschulen“ im Kultusetat zu Ende. Für die Sozialdemokratie sprach noch Abg. Simon-Neufuß, der die Behauptung des Kultusministers Boeltz widerlegte, daß die Lehrerschaft den Religionsunterricht verlangt. Man soll, so führte unser Genosse aus, nicht immer Religion und Religionsunterricht verwechseln. Er erinnerte an Goethe, der Pantheist gewesen ist, und stellte die Frage, ob wohl der Gründer des Christentums an einer konfessionellen Schule hätte unterrichten wollen. Es werde immer sehr viel von der deutschen Volksgemeinschaft gesprochen, tatsächlich aber werde die innere Einheit des deutschen Volkes durch konfessionelle Schulen, Standeschulen und Kostenschulen fortgesetzt zerstört. Das Ideal der Sozialdemokratie ist und bleibt die weltliche Schule.

Bei der Besprechung der einzelnen Positionen des Etats wandte sich Genosse Bahle gegen das heutige System der Seminare. Es war ein Fehler des alten Systems, die Lehrerseminare in weitentlegene kleine Städte zu legen. Ihre Aufgabe ist nunmehr beendet. Die neue Lehrerbildung muß durch die höheren Schulen und durch die Universitäten gehen.

Der Landtag beriet dann noch vier Regierungsvorlagen über die staatliche Stromversorgung im oberen Quellgebiet der Weser und den Ausbau der Wasserkraft. Für die Sozialdemokraten erklärte Abg. Grzesinski die Zustimmung zu allen vier Vorlagen und beantragte, die in Aussicht genommene Gesellschaft zur Aufbringung des Kapitals zusammen mit dem Reich oder mit den Kommunalverbänden zu bilden. Das Haus vertrat sich dann auf Freitag 12 Uhr.

Gemeinsame Kasse. In Leipzig haben nach einer U.M.-Abstimmung USPD, SPD. und RPD. sowie das Gewerkschaftsforum in Leipzig beschlossen, den 1. Mai des Jahres durch eine gemeinsame Demonstration der Leipziger Arbeiterkraft zu begehen. Ein gemeinsames Komitee ist gebildet worden.

Das englische Unterhaus hat mit 295 gegen 52 Stimmen den Beschlüssen über den englisch-irischen Vertrag in dritter Lesung angenommen.

Die rumänischen Wahlen. Bei den Kammerwahlen in Rumänien wurden bisher im alten Königreich 111, in Besarabien 31, in der Bukovina 16, in Siebenbürgen 33 Regierungsongehörende gewählt. Die Opposition dürfte etwa 60 Sitze erhalten.

Abschaffung der Sommerzeit in Frankreich. Die französische Kammer nahm mit 295 gegen 200 Stimmen einen Entwurf über die Abschaffung der Sommerzeit an.

Kampf um die weltliche Schule.

Eine Niederlage der Schulreaktionäre in der Stadtverordnetenversammlung.

Schulfragen erregten in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung das stärkste Interesse. Die Beschlüsse über die künftige Zusammensetzung der Schuldeputation für die Verwaltungsbezirke I—VI brachten ein Ergebnis nach Wunsch der rechtsstehenden Fraktionen, die sich dank der Unterstützung durch die Demokraten als Mehrheit zu behaupten vermochten. Zu einem heftigen Zusammenstoß der Schulreaktionäre mit den Fraktionen der Linken führte die Verhandlung über die einen Vorstoß gegen den Gedanken der weltlichen Schule bezweckende Anfrage der Neuischnationalen, nach deren Behauptung im Stadtkreis Wedding eine „gewissenlose“ Agitation für die weltliche Schule betrieben und Eltern durch „Drohungen“ zu Zustimmungserklärungen „gepreßt“ worden sein sollten. Dem Oberstadtschulrat Genosse Paulsen, der dafür verantwortlich gemacht werden sollte, war es ein Leichtes, die Einwände zurückzuweisen. Die einzelnen Mißgriffe, die in der Agitation vorgekommen sind, tadelte er rückhaltlos. Er zeigte aber, daß von den darüber verbreiteten übertreibenden Märgeln in der Unternehmung nichts übrig geblieben ist. Den christlichen Elternbeiräten ist übrigens auf ihren Wunsch selbstverständlich dieselbe Freiheit der Agitation gewährt worden. In der Debatte, die auf Paulsens Antwort folgte, bekräftigten die Schulreaktionäre, daß ihr Haß sich gegen die weltliche Schule überhaupt richtete. Die Niederlage, die Genosse Paulsen ihnen bereitet hatte, wurde durch die Redner der drei Fraktionen der Linken vollendet. Genossin Riedger, die für die sozialdemokratische Fraktion sprach, richtete an die Eltern die Mahnung, ihren Kampf um die weltliche Schule fortzusetzen. Unter den Schulreaktionären führte auch der Demokrat Rerten sich wohl. Oberstadtschulrat Paulsen konnte zum Schluß die Mitteilung machen, daß unter gewissen Bedingungen das Unterrichtsministerium seinen Plänen zustimmen will und er auch auf Zustimmung des Provinzialschulkollegiums rechnen zu dürfen glaubt. Auf der rechten Seite gab es lange Gesichter.

Sitzungsbericht.

Die Verhandlungen beginnen mit heftigen Auseinandersetzungen über die Geschäftsführung des Vorstandes in der Sitzung vom 2. März. Dem Protest von Dr. Weinberg (N. Soz.) gegen die Proklamierung der Beschlussfähigkeit der Versammlung setzen Dr. Leidig (D. Sp.) und der damals amtierende Vorsteher-Stellvertreter Schwarz unter Berufung auf die auch von Dr. Weis nicht verfolgte Praxis die Behauptung entgegen, daß die Geschäftsführung einwandfrei gewesen ist. — Drei dringliche Anträge trafen auf Widerpruch und sollen für heute aus. — Der in voriger Sitzung beschlossene Ausschuß zur Kontrolle der Geschäftsführung der Meierei Bolle wird gewählt, obwohl ein Protest des Magistrats gegen diesen Eingriff in die Verwaltung vorliegt.

Die Vorlage wegen Umwandlung des städtischen Anschaffungsamts in eine G. m. b. H. wird nach den Ausschuhvor schlägen genehmigt.

Bildung der Bezirkschuldeputation

für die Bezirke I—VI (Alt-Berlin) vorgenommen. Bei der namentlichen Abstimmung über einen Antrag des Zentrums war vor 8 Tagen die Beschlussfähigkeit vom Vorstand konstatiert worden. Heute wird der Antrag in einfacher Abstimmung durch Auszählung mit 106 gegen 101 Stimmen angenommen. Nach Ablehnung eines Antrages der Komm. wird nach einem Antrag v. Egnern (D. Sp.) der Hinzutritt der Geistlichen zu der Schuldeputation und mit diesem Zusatz die

Zusammensetzung der letzteren nach der Fassung des Ausschusses mit der gleichen Mehrheit wie vorher beschlossen. Ein Einspruch der Komm. gegen den Ausschluß der Gemeindefullehrer von der Wahl als Bürgerdeputierte wird mit derselben Mehrheit abgelehnt.

Berliner Statuts der Arbeitslosenfürsorge

berichtet namens des ständigen Ausschusses Heilmann (Soz.). Der Ausschuß hat die Unterstützungssätze durchweg erhöht. — Ostrowski (Komm.) begründet eine große Anzahl weiterer Änderungsanträge. — Pätzsch (Soz.): Wir fordern, daß von der üblen Gewohnheit, Ueberstunden zu machen, angesichts der Notlage der Arbeitslosen tunlichst Abstand genommen wird. Im übrigen muß sich der Magistrat über die Modalitäten der Arbeitslosenfürsorge dauernd mit den Gewerkschaften verständigen. Nach weiterer Aussprache wird das Statut in der Form der Ausschuhvor schläge angenommen.

Gegen die Beratung der einheitlichen Gebührenordnung für die Berliner Gemeindefriedhöfe, Urnenhallen und Krematorien der Stadt Berlin protestiert Koch (Dnat. Sp.). Der Protest führt abermals zu einer Sperraktion; schließlich entscheidet eine aus der Linken und den Demokraten bestehende Mehrheit gegen Koch. Man tritt in die Beratung ein. Gegenüber der Vorlage vom 10. Dezember hat der Ausschuß die erhöhten Gebührensätze weiter erhöht, durchschnittlich um 50—100 Proz. — Pätzsch (Soz.) setzt sich energisch für die Ausschuhvor schläge ein.

Ein Antrag Dr. Salhaeber (Z.), auch für die Einmischung auswärtiger die doppelten Gebühren wie bei der Beerdigung zu erheben, wird mit 113 gegen 75 Stimmen abgelehnt. Die neue Gebührenordnung gelangt zur Annahme.

Nach Erledigung einer Reihe von Vorlagen ohne Debatte, begründet Herzog (Dnat. Sp.) die Anfrage seiner Fraktion, welche die angeblich

ungeheuerliche Agitation für die weltliche Schule zum Gegenstand hat. Um diese abscheuliche Propaganda müsse Stadtschulrat Paulsen gewußt, er müsse sie sogar eventuell begünstigt haben.

Oberstadtschulrat Paulsen:

Die Angelegenheit läßt sich am so ruhiger behandeln, als auch der Wortlaut des Antrages der Freunde der Gemeinschaftsschule sich durch seine durchaus maßvolle Fassung von dem Ton der Anfrage sehr zu seinen Gunsten unterscheidet. Mit „unlauteren“ Mitteln ist aber auf der Gegenseite gearbeitet worden. Wenn einzelne „Verleumdungen“ gemacht worden sind, dann ist das durchaus zu verwerfen. Es wird seinerzeit eine durchaus gerechte Abstimmung stattfinden. Von den freien Schulgemeinden in Roabit und auf dem Wedding habe ich erst erfahren, als diese mich hielten, ihnen die Anschriften der betreffenden Eltern zugänglich zu machen. (Zurufe rechts.) Warum sollte ich das Recht dazu nicht haben?

Im Kultusministerium denkt man über die ganze Frage sehr ruhig. Alle Beteiligten sind der Auffassung, daß es einmal zur Begründung einer weltlichen Schule kommen muß. Drei Jahre worten die Freunde der weltlichen Schule infolge des Sperreparatographen der Verfassung schon auf ihr Recht, es ist zu verwundern, daß sie sich noch so ruhig verhalten. (Becher Wärm rechts.) Wenn der Berliner obersten Schulleitung keine größere Aktionsfreiheit zustehen soll, wozu wäre ich dann überhaupt an meiner Stelle? Schenken Sie der städtischen Schulverwaltung Vertrauen! (Stürmischer Widerspruch rechts, Beifall links.)

Galle (Z.): Die Paulsen'sche Gemeinschaftsschule kann nicht ersperrlich wirken; sie führt zur Standesschule, und diese lehnen wir nach jeder Richtung ab. Paulsen befindet sich mit seiner Erziehung ohne Gott auf dem Irweg; er hat die Agitation auch direkt unterstützt, denn er hat die weltliche Schule den Eltern, die zu ihm kamen, in 14 Tagen in Aussicht gestellt.

Frau Riedger (Soz.) hält die Ausführungen Galles für verfehlt, denn es könne sich in dieser Versammlung doch nicht um Bekämpfungsoersuche handeln. Die Anfrage scheine im letzten Grunde der Empörung über den

Erfolg der so angefeindeten Agitation ihren Ursprung zu verdanken; 600 Kinder, diese Zahl haben den Herrschaften Schrecken eingebracht. Von Drohungen, von unerfüllbaren Versprechungen sei ernsthaft keine Rede gewesen; um so frecher sei aber die Gegenagitation getrieben worden; sogar handgreiflich fallende Statistiken habe man zur Bekämpfung der verhassten Gemeinschaftsschule angeboten. Ebenso sei der Vorwurf gegen Paulsen, um diese Agitation gewußt oder sie gar begünstigt zu haben, völlig haltlos. Hoffentlich werde der Kampf um die weltliche Schule in der Elternschaft mit Energie fortgeführt werden. (Beifall b. d. Soz.)

Kräpelin (D. Sp.) prophezeit das baldige Scheitern des Gemeinschaftsschulgedankens u. a. aus der vom Kultusminister angeführten Statistik, wonach die Zahl der grundsätzlich die Erteilung des Religionsunterrichts ablehnenden Lehrer von 663 auf 625 gesunken ist. — Rerten (Dem.): Mit dem Material dieser 600 vom Wedding lasse sich keine Schulreform begründen. Die proletarische Einheitschule sei nur ein Hemmnis für den Einheitsgedanken.

Oberstadtschulrat Paulsen: Die beste und glücklichste Lösung des Schulproblems liegt in der Gemeinschaftsschule, die nur an den inneren Menschen appelliert; die Partei wird den Schulkampf gewinnen, die den stärksten Glauben an sich hat. Der Versuch der Gestaltung einer neuen Schule muß gemacht werden, und das Provinzialschulkollegium wird unter gewissen Bedingungen meinen Vorschlägen zustimmen; auch die Lehrerschaft steht hinter mir.

Die Diskussion wird geschlossen; die Anfrage ist erledigt. — Schluß 11 Uhr.

Ueber den Haushaltsplan 1922 wird gegenwärtig täglich im Rathaus zwischen den Bezirken und zentralen Verwaltungen und der städtischen Finanzverwaltung verhandelt. Man hofft die Arbeiten so zu fördern, daß der gesamte Haushaltsentwurf in zwei bis drei Wochen dem Magistrat und Anfang April der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden kann.

Abzüge und Werbungskosten.

Zur Einkommensteuererklärung für 1921.

Als „Werbungskosten“ bezeichnet das Reichseinkommensteuergesetz die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Gesamtbeitrages der Einkünfte gemachten Aufwendungen. Es handelt sich hierbei also um Kosten, die notwendig sind, um Erträge aus den Einkommensquellen (Arbeitslohn, Kapitalvermögen, Gewerbebetrieb usw.) überhaupt zu erzielen. Nicht zu den Werbungskosten gehören daher die „steuerfreien Beträge“ oder „Arbeitslohnungen“ (je 120 M. für den Steuerpflichtigen und seine nicht selbständig zu veranlagende Ehefrau und 180 M. für jedes zur Haushaltung zählende minderjährige Kind), um die sich der einzubehaltende Betrag von 10 vom Hundert des Arbeitslohnes (also der Steuerabzug) ermäßigt. Die nachstehende Aufzählung der Abzüge ist nicht erschöpfend; sie enthält aber die für Lohnempfänger wichtigsten Arten:

Notwendige Ausgaben, die dem Steuerpflichtigen durch Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte erwachsen sind;

Werkaufwendungen für den Haushalt, die durch eine Erwerbstätigkeit der Ehefrau notwendig geworden sind;

Werbungskosten sind auch die Kosten, die durch Beschaffung von Arbeitsgeräten und Arbeitsmaterial erwachsen sind. Ferner Werbungsaufwendungen für Berufsausbildung. Beispielsweise ist bei den Kellnern ein etwaiger Werkaufwand an Kleidung und Wäsche als abzugsfähig anerkannt worden.

Ferner sind, wie auch aus den Steuererklärungen zu ersehen ist, abzuziehen:

Beiträge, die der Steuerpflichtige für sich und seine nicht selbständig veranlagten Haushaltsangehörigen zu Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Anwarts-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherungs-, Witwen-, Waisen- und Pensionenkassen gezahlt hat, soweit sich der Gegenstand der Versicherung auf die bezeichneten Gefahren beschränkt; Beiträge zu Sterbekassen bis zu einem Jahresbetrage von insgesamt 100 M.;

Versicherungsprämien, welche für Versicherungen des Steuerpflichtigen oder eines seiner nicht selbständig veranlagten Haushaltsangehörigen auf den Todes- oder Lebensfall gezahlt werden, soweit sie den Betrag von 1000 M. jährlich nicht übersteigen;

Beiträge zu den öffentlich-rechtlichen Berufs- oder Wirtschafts-

Feuerschein hinein in die dunklen Schatten. Der Kappe hört vom Lande her ein Schellengeläut und ohne seine Elle zu mahigen, hebt er den Kopf und wiehert.

„Wenn das Eis nun nicht hält?“ dachte der alte Mann und es durchsief ihn kalt.

Sein Vater, der alte Silbtaler, hatte einmal eine schwere Last geschliffener Granitblöcke quer über den Rücken führen wollen. Und wie das Eis unter der Last anfang zu krachen und sich zu biegen, schien es dem Alten denn doch zu dumm, einen der wertvollen Blöcke vom Schlitten wälzen zu lassen, um die Last zu vermindern. Da kniete er sich lieber hin und betete zum Herrgott: „Daß mich wohlbehalten nach Hause kommen.“ so sprach er, „dann will ich dem Pfarrer zehn Sack von meiner besten Gerste geben.“ Uns Band kam er. Aber als er am Ufer stand, sah er zurück übers Eis und sicherte: „Den habe ich schon angeführt!“ Und der Pfarrer bekam kein einziges Körnchen.

Das Schellengeläut klingt so frisch und lustig, aber dem Bauern ist die ganze Zeit, als wolle das Eis nachgeben.

„Wirklich brichst du jetzt ein, weil du Sonntag nicht zum Abendmahl gehen willst?“ überlegte er sich.

Denn beim Fortfahren hatte er so halb und halb seiner Frau versprochen, beim Küster vorzusprechen und sich zum heiligen Abendmahl anzumelden. Aber im letzten Augenblick war in ihm der alte Idealist aufgewacht, und er war beim Küster vorbeigefahren. „Es ist gegen deine innere Ueberzeugung“, hatte er sich gesagt. „Du glaubst ja gar nicht an das Abendmahl, kaum an Christus selber.“

In des Großbauern Anut Norbys Brust wohnen zwei verschiedene Seelen. Die eine hatte in der Pfarrschule, auf Reisen und aus Büchern ihre Ideale gewonnen. Aber nach des Vaters Tod mußte er den Hof übernehmen und da wurde er nach und nach auch wieder seinem Vater ähnlich. Der lebte sozusagen weiter in den Hofleuten, den Rechnungsbüchern, in den großen Wäldungen, in schwebenden Geschäften, namentlich aber in der Stellung der Hofleute in der Gemeinde. Es war ganz selbstverständlich, daß Anut weiterhin mehr und mehr wie der Vater werden mußte. Und oft, wenn er so beim Holzhandel saß, konnte es den Eindruck machen, als wäre er der Vater, und unwillkürlich sah er mit dessen Augen, brauchte dieselben Kniffe, hatte dieselbe Geschäftsmoral. — Und der zweite Anut Norby, — der machte sich mit Büchern und Freifrau in Politik und Religion zu schaffen, wenn der erste nichts weiter zu tun hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Macht der Lüge.

Roman von Johann Bojer.

(Aus dem Norwegischen überfetzt von Reinhard Carrière.)

Copyright 1922 by Georg Müller Verlag, München.

1.

Knut Norby saß in seinem schnellen Schlitten und fuhr von einer Sitzung im Schulamt nach Hause. Es dämmerte schon. Die Einsicht des Wäldes war in letzter Zeit nicht mehr sicher gewesen, und darum hatte Norby seiner Frau versprochen, auf der Chaussee zurückzukommen. Aber der alte Bauer hatte den Tag über manchen Kerger gehabt, und erregt, wie er war, nahm er unten am Felshang plötzlich die Zügel stramm und bog auf den See hinaus. „Das Eis hat heute schon andere getragen“, dachte er, „da wird es mich auch noch aushalten!“ Das Pferde spitzte die Ohren und tänzelte ängstlich auf dem unebenen Eise am Strand, aber Knut versetzte ihm einen Hieb, daß der Schlitten ordentliche Sprünge machte, bis er auf die glatte, blankte Fläche hinauskam.

Folgt so unermittelt ein Kerger auf den andern, dann fühlt man es wie einen neuen Stoß auf eine alte Wunde. — Zuerst hatte der alte Bauer heute im Schulamt nicht recht bekommen, weil dieser elende Direktor der Volkshochschule dagegen gewesen war. Und ausgerechnet in diesen Verdrub kam sein Schwiegerjohn mit einer Bitte um einen neuen Vorstoß aufs Erbteil, das empfand der Alte schon wie die reine Erpressung. Aber als ihm eine Stunde später der Konkurs des Kaufmanns Wangen zu Ohren kam, da traf ihn der Verlust der paar Tausend, mit denen er dabei beteiligt war, wie ein Unglück, das ihm förmlich die Kehle abknürzte. „Ich soll wohl nächstens die halbe Gemeinde mit durchfüttern“, dachte er, „die Menschen lennen es ja meiner Frau nur darauf an, mir meine letzten Pfennige abzunehmen.“

Das Pferd war ein schlanker, großer Rapphengst mit rötlich schillernder, welliger Mähne und spielenden Bewegungen. Der Bauer selbst saß in einem schweren Bärenpelz, den Kragen hochgeschlagen. Hier draußen auf dem Eise ward es jetzt dunkler und dunkler, und in der weiten, bleichen Schneelandschaft rings am Strand erschienen auf den Höfen ein Licht nach dem andern.

Die Schellen klingelten und die Eisstückchen flogen von den Pferdehufen. „Wenn nun deine Frau diese Geschichte erfährt?“

dachte er. — Hinter ihrem Rücken hatte er damals die Ration für den Kaufmann Wangen unterschrieben. Drei, vier Jahre konnte es her sein, und dadurch sollte dieser Wangen bei einem Großhändler in der Hauptstadt mehr Kredit bekommen. Aber damals hatte er schon längst seiner Frau versprochen gehabt, für niemand mehr zu bürgen. Sie hatten dabei schon genug verloren. Und jetzt?

„Wie zum Teufel hat er dich damals nur beschwören können!“ dachte der Alte. Aber schließlich hat auch der Stärkste seine schwachen Augenblicke und ist einmal guimütig und gefällig. Sie hatten sich in der Stadt getroffen und Wangen hatte im Hotel Carl Johann ein gutes Essen ausgegeben. Und hinterdrein — war's abgemacht. Und jetzt? Das war eine teure Wahlzeit geworden. Der alte Norby mußte nun besänftigt zu seiner Frau gehen und eingestehen, daß er sein Wort nicht gehalten, davor graute ihm ordentlich — und er fühlte den Jörn gegen Wangen immer stärker in sich aufsteigen, der doch an allem schuld war. „Der verdammte Kerl wußte schon, was er mit dem Mittagessen wollte.“ Und ohne es zu wollen, fiel ihm ein ganz Teil schlechter Dinge ein, die er über diesen Mann gehört, — in diesem Jörngefühl lag so eine Art Selbstverteidigung.

Der Schatten der waldigen Uferhänge war schwarz geworden, die Sterne funkelten, nur im Westen glühte noch ein feuergelber Streifen im Dunkel und warf seinen Widerschein über die Eisfläche. Er spiegelte sich im Nickelbeschlag von Faumzeug und Schlitten, und ließ Mann und Pferd große Schatten werfen, die unablässig neben ihnen herliefen. Fast nichts Lebendiges war mehr da draußen auf der öden Fläche zu sehen. Ein einziger Fischer lag weit draußen an seinem Eisloch, wo sich der rötliche Schein in den Schatten der hohen Berge verlor — und an der Landzunge bewegte sich als kleiner Fleck ein Mann, der einen Schlitten hinter sich herzog.

„Und der Herluffen in Rud? Der wird seine Freude haben!“

Norby selber war ein streitbarer Herr und fuhr scharf los auf seine Gegner, und darum bildete er sich ein, daß eine Menge Menschen ständig nur darauf lauerten, wie sie ihm zu Leibe rücken könnten. Hatte er Glück gehabt beim Holzhandel, war sein erster Gedanke in einer Art Wollust stets: „Nun sollen die grün und gelb werden vor Neid!“ Und hatte er Pech, dann scherte er sich den Teufel um das verlorene Geld. Was ihn ärgerte, war, daß nun die anderen an der Reihe waren zu lachen.

Jetzt ist er mitten auf dem Eis. Es geht nun aus dem

vertretungen sowie zu Berufsverbänden ohne öffentlich-rechtlichen Charakter, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Betrieb gerichtet ist;

Beiträge an inländische Vereinigungen, die ausschließlich wissenschaftliche, künstlerische usw. Zwecke verfolgen, soweit der Einzelbeitrag 200 M. übersteigt und der Gesamtbetrag dieser Beiträge zehn vom Hundert des Einkommens des Steuerpflichtigen nicht übersteigt.

Das Landesfinanzamt teilt mit: Auch ohne Empfang eines Vordruckes ist zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet, wessen Einkommen sich im Kalenderjahre 1921 auf mehr als 24 000 M. belaufen hat. Anzugeben ist der Jahresbetrag des bezogenen Einkommens; die Abführung des Steuerjahres 1921 auf 9 Monate kommt lediglich in der Erhebung von nur drei Vierteljahresraten der errechneten Jahressteuer zum Ausdruck. — Zur Erleichterung der Werbungskostenfrage ist im Landesfinanzamtsbezirk Groß-Berlin für die Veranlagung der Arbeitnehmer (Beamte, Angestellte, Arbeiter) angeordnet, daß die auf Grund für die nach § 13 des Gesetzes geltend gemachten Abzüge bis zu 1800 M. ohne Nachweis anerkannt werden sollen; des Nachweises bedürfen also nur höhere Werbungskosten.

Anhalten der Kartoffelnot.

Der strenge Frost hat aufgehört, die Witterung ist gelinder geworden, und trotz alledem soll die Kartoffelnot weiter anhalten, soll die Berliner Bevölkerung dieses wichtige Nahrungsmittel weiter entbehren. Angeblich verfügen die Landwirte über große Mengen von Kartoffeln. Sie weigern sich aber, den Zentner unter 150 bzw. 180 M. abzugeben. Zwei Gründe werden nun für die gegenwärtige Kartoffelknappheit angeführt: Der Großhändler, so heißt es, weigert sich, diesen hohen Preis zu zahlen, und stelle das Kaufen ein. War vorher aus Produzentenkreisen behauptet worden, daß der Frost eine Kartoffelzufuhr nach Berlin unmöglich macht, so sind jetzt die — „aufgeweckten Wege“ daran schuld. Auf jeden Fall darf man gespannt sein, wie lange die Kartoffeln unsichtbar bleiben, und ob, wenn die Wege „trocken“ sind, Kartoffeln zu haben sein werden. Es ist wirklich höchste Zeit, daß die zuständigen Stellen eingreifen und wieder geregelte Zustände auf dem Kartoffelmarkt schaffen!

Die Radium-Geldscheinmaschine.

Betrogene, die weiter betrügen wollten.

In das Treiben der Valutajepulanten leuchtete eine interessante Verhandlung hinein, die die 11. Strafkammer des Landgerichts I beschlichtete. Wegen Betruges hatten sich der Kunstmalers Baumann aus München sowie ein Kaufmann Beermann zu verantworten.

Die Angeklagten lernten einen russischen Großkaufmann Hannemann kennen, der sich im Besitze großer Summen alten russischen Papiergeldes befand. Die Angeklagten erbotene sich, ihm die Rubelnoten gegen holländische Gulden oder schwedisches Geld umzutauschen. Hannemann ließ sich auch herbei, ihnen zu diesem Zwecke 87 000 Rubelnoten zu übergeben. Als sich das Geschäft etwas in die Länge zog und der Russe unruhig wurde, bestellten die Angeklagten ihn in ihr Hotel und zeigten ihm eine geheimnisvolle Presse mit dem Bemerkten, daß sich in dieser die von ihm hingebenen Tausendrubelnoten befänden. Unter Anwendung eines Motors werden die Scheine mit Radium durchleuchtet, zwischen je zwei echten Rubelnoten läge ein Stück Papier und auf diese Weise würde immer aus zwei echten Scheinen ein dritter falscher hergestellt. Als die Presse schließlich geöffnet wurde, fand man anstatt der 87 000 Rubelnoten nichts als weißes Papier darin. Die Betrüger machten dagegen geltend, daß die Angeklagten mit dem Russe lediglich ein Valutageschäft machen wollten, daß sie weiterhin einem Kaufmann Stein die Noten zwecks Umwechslung übergeben hätten und daß dieser unter Zurückhaltung seiner merkwürdigen Presse unter Mitnahme des Geldes sie in Stich gelassen habe und schuldig geworden sei. Durch die Verhandlung wurden diese Behauptungen bekräftigt. Das Gericht folgte darauf den Anträgen dahingehend, daß die Angeklagten in ihrer Betrugsschuldigkeit selbst betrogen seien, und fällte einen Freispruch.

Grammophon und heulender Hund.

Die Folgen nächtlichen Aneipenlärms.

Wegen wissenschaftlicher Beschuldigung und Befeldigung hatte sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte der Schankwirt Otto Schießlinger zu verantworten. Im ersten Stockwerk des Hauses, in welchem der Angeklagte eine Schankwirtschaft betreibt, wohnt der Kriminalbetriebsassistent Ehler. Da der Angeklagte ein Grammophon älterer Konstruktion und einen jungen Hund besitzt, der dieses Grammophon nicht leiden konnte, entstand zwischen den beiden Hausbewohnern ebenfalls eine grimmige Feindschaft. Diese rührte daher, daß sich gegenrührende Gäste des Angeklagten wiederholt in später Nachtstunde den Spaß machten, in Gegenwart des jungen Hundes das Grammophon spielen zu lassen, worauf der Hund fürchterliche Heulöne ausstieß. Die Folge war, daß Ehler den Angeklagten wegen nächtlicher Ruhestörung belangte. Als Schießlinger eines Tages durch einen anonymen Brief die Mitteilung erhielt, daß Ehler angeblich Schiebergeschäfte machte, teilte er dies dem Polizeipräsidenten mit. Ehler veranlaßte sofort ein Verfahren gegen sich selbst und erstattete sodann, da ihn S. inzwischen auch auf der Straße belästigt hatte, Anzeige. Vor Gericht bestritt der Zeuge Ehler niemals Schiebergeschäfte gemacht zu haben, während die von Rechtsanwalt Dr. Schwandt geladenen Zeugen betunden, daß ihnen C. Zigarren und seine Frau Butter und Zucker „hinterherum“ angeboten haben. Von dem Verteidiger wurde darauf hingewiesen, daß der Angeklagte eine direkte Staatsbürgerpflicht auf Grund der öffentlichen Auforderung des Wucheramts erfüllt habe, wenn er einen Verdacht, an den er selbst infolge der ganzen Lebensführung des Zeugen glauben mußte, der Behörde mitgeteilt habe. Sollte in dem vorliegenden Falle eine Verurteilung erfolgen, so dürfte niemand mehr wagen, auf einen begründeten Verdacht hin, eine Strafanzeige zu erstatten. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte wegen der wissenschaftlichen Anschuldigung auf Freisprechung. Wegen der öffentlichen Befeldigung erkannte das Gericht auf 300 M. Geldstrafe.

Der Ringkampf auf dem Richtertisch.

Ein aufregender Vorfall, welcher wieder einmal zeigt, daß die Forderung der in den Strafgerichten tätigen Justizwachtmeister, in die Klasse der Sicherheitsbeamten aufgenommen zu werden, durchaus berechtigt ist, spielte sich gestern in einer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Brennhausen stattfindenden Sitzung der sechsten Strafkammer des Landgerichts III ab.

Ein Kaufmann Max Fischer, der zurzeit eine 2½-jährige Gefängnisstrafe verbüßt, wurde aus der Strafanstalt vorgeführt, um sich wiederum wegen Betrugs zu verantworten. Raum hatte er den Sitzungssaal betreten, als er offenbar in einem Anfall des sog. „Gefängnisalls“ (Hastigkeit) zu toben anfing und mit den Worten: „Guch Hunkun, Verbrocher schlage ich tot!“ mit einem mächtigen Satz auf den Richtertisch sprang. Hier entwickelte sich zwischen dem Tobenden und dem Justizwachtmeister Krüger ein heftiger Ringkampf, bis Fischer auf das ruhige Zureden des Landgerichtsdirektors Brennhausen wieder zu sich kam und sich auf die Anklagebank zurückführen ließ. Raum hatte der Anklagevertreter gegen F. eine Zusatzstrafe von einem Jahr Gefängnis beantragt, als der Angeklagte nochmals auf den Richtertisch sprang und hier erst nach längerem Kampfe von dem Justizwachtmeister unschädlich gemacht werden konnte. Das Gericht beschloß, den Angeklagten erst nach auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen.

Die Abänderung des Branntweinmonopols.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurde der Gesetzentwurf über die Verwertung von Bortegeldempfängern auf Antrag Scheidemanns (Soz.) ohne Erörterung einem Ausschuss überwiesen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung des Branntweinmonopols. Nach den grundlegenden ersten Paragraphen soll der Geschäftsbereich der Monopolverwaltung nunmehr umfassen die Uebernahme des im Monopolgebiet hergestellten Branntweins aus den Brennereien, die Herstellung von Trinkbranntwein, die Einfuhr von Branntwein aus dem Ausland, die Reinigung und die Verwertung von Branntwein und den Branntweinhandel.

Abg. Eggerstedt (Soz.):

Die Sozialdemokratie ist unter dem Eindruck der großen Finanznot des Reichs an die Beratungen der Steuererlasse herangegangen. Der Republik die nötigen Mittel zum Leben zu geben, dabei die Lasten so zu verteilen, daß die wirtschaftlich Schwachen geschützt werden, war das Leitmotiv unserer Arbeit. Wenn uns das letztere nicht in dem Maße gelungen ist, wie es uns wünschenswert erschien, so liegt die Schuld hierfür in den politischen Verhältnissen Deutschlands. Unter Berücksichtigung der innerpolitischen Verhältnisse und der außenpolitischen Zwangslage müssen wir manchem Steuererlass unsere Zustimmung geben, das sich hart der Grenze des für uns Erträglichem nähert. Auch dem Gesetz über das Branntweinmonopol haben wir aus diesen Gründen zugestimmt. Die Steigerung des Steuerfußes um 500 Proz. wird manchem ungeheuerlich erscheinen. Die Entente würde es aber gerade beim Branntwein kaum verstehen, wenn die Belastung bei uns weniger stark wäre als in ihren Ländern. Die Regierung hofft aus dieser Erhöhung eine Einnahme von 1,6 Milliarden zu erzielen. Nach unserer Auffassung wäre diese Einnahme noch wesentlich zu erhöhen, wenn man sich hätte entschließen können, der Monopolverwaltung ein wirkliches Monopol

in die Hand zu geben. Von einem Monopol in dem üblichen Sinne kann hier gar nicht die Rede sein. Wir haben weder ein Produktionsmonopol noch ein Fabrikationsmonopol, sondern lediglich ein Zwischenhandelsmonopol und das Recht, bei der Herstellung gewöhnlicher Trinkbranntweine mit dem Privatgewerbe zu konkurrieren. Der Gesamtwert der Einrichtungen der Monopolverwaltung repräsentiert einen Wert von 50 Millionen Mark. Wir hatten Mähe genug, der Monopolverwaltung das Recht zu erhalten, im Wettbewerb mit der Privatindustrie Trinkbranntwein herzustellen. Nicht einen Ausbau zum Vollmonopol, sondern einen Ausbau des Fabrikationsrechts glaubte man durchführen zu müssen. Das konnten wir nicht mitmachen.

Eine unterschiedliche Behandlung hätten wir sehr gern bei der Besteuerung des Trinkbranntweins eintreten lassen. Wir glauben nämlich, daß die besseren Litter eine höhere Besteuerung vertragen als die gewöhnlichen Trinkbranntweine. Wir müssen aber einen entsprechenden Antrag stellen lassen, weil die Regierung erklärt, daß das kommende Landessteuergesetz diese Steuerquellen den Gemeinden zur Erschließung überläßt. Die Vertreter der Landwirtschaft haben ihr Eintreten für eine Bevorzugung der landwirtschaftlichen Brennereien stets mit dem Hinweis auf Allgemeininteressen begründet. Nach dem Verlauf der letzten Tagungen landwirtschaftlicher Organisationen können wir uns jedoch der Anschauung nicht verschließen, daß sich die Landwirtschaft auch hierbei nur von Profitinteressen leiten läßt. Um

Die Pässe der Toten. Der Polizeipräsident hat eine neue umfangreiche Polizeierordnung über die Ausstellung von Leichenpässen herausgegeben. Zur Ueberführung einer Leiche aus dem Polizeibezirk Berlin nach einem anderen Orte des Inlandes oder Auslandes bedarf es der Feuerbestattung bedarf es danach, abgesehen von einigen Ausnahmen, eines vom Polizeirevier auszustellenden Leichenpasses. Unmittelbar nach dem Tode ist die Beförderung der Leichen solcher Personen, die an Ausch, Cholera, Fleckfieber, Gelbfieber, Pest oder Pocken verstorben sind, nach einem anderen als dem ordnungsmäßigen Begräbnisplatz verboten. Als ordnungsmäßige Begräbnisplätze in diesem Sinne gelten vorläufig nicht der Friedhof in Ahrensfelde und der Südwestfriedhof in Stahnsdorf. Ist der Tod im Verlaufe einer der vorstehend benannten Krankheiten — außer Fleckfieber — erfolgt, so ist die Beförderung der Leiche mittels der Eisenbahn nur dann zulässig, wenn mindestens ein Jahr nach dem Tode verstrichen ist. Der Beförderung einer Fleckfieberleiche mit der Eisenbahn stehen mit Rücksicht auf die vorgeschriebene luftdichte Einpackung in einem Metallbehälter gesundheitliche Bedenken nicht entgegen.

Zu den Fahrplanänderungen der Straßenbahn, über die wir berichtet, sei ergänzend mitgeteilt, daß die Linien 17 und 80 nur an Sonn- und Feiertagen eingezogen, dagegen an Wochentagen für den Berufsverkehr aufrechterhalten werden sollen. — Der Magistrat teilt mit, daß eine Einstellung der für den Ausflugsverkehr unbedingt erforderlichen Linie 178 nicht in Frage kommt, im Gegenteil sei beabsichtigt, im Bedarfsfalle den Verkehr auf dieser Linie noch zu vergrößern.

Die „Alofetterien“, die in der Berliner 27. Mädchen-Gemeinschaft (Wilhelmstr. 117) angeordnet werden mußten, weil die durch Frost verursachten Beschädigungen der Alofets nicht rasch genug beseitigt werden konnten (vergl. „Vorwärts“ Nr. 103), sind nun wohl zu Ende. Herr Rektor Seeling von der 27. Schule schreibt uns, daß er diese Reparaturen nicht selber in Auftrag geben durfte; doch das ist uns nicht neu, und wir hatten etwas Derartiges weder gesagt noch gemeint. Er habe, fügt er hinzu, die Sachlage unverzüglich gemeldet, sei aber bis zum 1. März ohne jede Nachricht geblieben. In dieser Hinsicht vermissen wir eine Angabe darüber, an welchem Tage der Herr Rektor den Schaden gemeldet hat, wie lange er mithin hat warten müssen und ob er inzwischen gemahnt hatte. Schließlich ist es doch keine Kleinigkeit, wenn — wie wir berichteten — ein paar Wochen hindurch die Kinder täglich nur zwei Stunden im Schulunterricht festgehalten werden können, weil die Alofets unbrauchbar sind. Der Wunsch, die Schule schleunigt von solchen Störungen befreit zu sehen, rechtfertigt die dringendsten und immer wiederholten Mahnungen.

Dachstuhlbrand einer Mietkaserne. Auf dem Boden des Hauses Kolonnenstr. 32 war gestern nachmittags gegen 3 Uhr ein Feuer ausgebrochen, das sogleich erhebliche Ausdehnung erlangte und die vielen Mietparteien in kostlose Aufregung versetzte. Die Feuerwehr hatte mehrere Stunden hindurch zu tun, um den Brand zu löschen. Der Schaden ist ziemlich bedeutend und trifft auch mehrere Mieter sehr empfindlich.

Eine Kindesleiche im Sandhaufen. Gestern nachmittag fanden spielende Kinder in einem Sandhaufen in der Flugplatz-

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fische ausreichend, Geschäft ruhiger. Obst und Gemüse schwach, Geschäft still. Fleisch reichlich, Geschäft reger.

Am Donnerstag gulten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:
Beelzschs 6,50—7 M. Dorsch 5—5,75 M. Grüns Herings 4—4,50 M. Lebens Schlags 25 M. Aale 45—50 M. Pflanz 14—15 M. In Eis: Hechte 10—14 M. Biele 9—11 M. Zander 20—23 M. Hammelfleisch (Brust und Bauch) 21—24 M. Rindfleisch 18—21 M., ohne Knochen 22—27 M. Kalbfleisch 18—24 M. Schweinefleisch 23—25 M. Rindartag 25—27 M. Naturbutter 42—51 M. Margarine 24—31 M. Schweinefleisch 11—17 M. Weiskohl 5,50—6 M. Wirsingkohl 4,50—5,50 M. Grünkohl 2—3 M. Rotkohl 6,50—7 M. Kohlrüben 2—2,50 M. Erbpfel 7—10 M. Äpfel 6—9 M. Mandarinen 14—15 M. Apfelsinen 2—4 M. das Stück.

der Schwarzbrennerei Ein Ende zu machen, bemüht sich die Regierung,

möglichst alle Brennereien unter Kontrolle

zu bekommen. Die Regierung schlug deshalb vor, für die außerhalb des Kontrollbereichs Brennenden die Grenze auf 2 Hektoliter herabzusetzen. Wenn wir trotzdem auf 3 Hektoliter heraufgegangen sind, so isten wir das unter der Voraussetzung, daß die örtlichen Brenner mit den Landesregierungen einen energischen Kampf gegen die Auswüchse aufnehmen würden.

Der Monopolverwaltung ist ein Gewerbeausschuß und ein Beirat beizugeben. Der Redner verbreitet sich dann über die Zusammenfassung und die Aufgaben dieser Körperschaften und fügt dann fort: Aus den Erträgen der Branntweinsteuer sollen verwendet werden bis zu 16 Millionen zur Verbilligung der Kosten der weingeistlichen Heilmittel für die mittererbemittelte Bevölkerung, bis zu 30 Millionen M. zur Verbilligung des in öffentlichen Krankenhäusern, Enbindungs- und der öffentlichen Gesundheitspflege dienenden Anstalten oder in öffentlichen wissenschaftlichen Lehr- und Forschungsanstalten verwendeten Branntweins. 30 Millionen sollen der Bekämpfung der Trunksucht, der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten dienen. Man kann über die Zweckmäßigkeit, von den Einnahmen eines Gesetzes gleich soviel Mittel zu bestimmten Zwecken bereitzustellen, streiten, aber wir haben die unabweisbare Pflicht, den Minderbemittelten und den Leidenden zu helfen. Wir betrachten das Gesetz nicht als ein abgeschlossenes Ganzes, sondern nur als eine Etappe auf dem Wege zum Vollmonopol. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Schulz-Gahnen (Z.): Der Entschluß des Ausschusses, die die Verwertung des Monopols in eine Aktiengesellschaft umgestalten will, stimmen wir zu. Wir bitten, das Gesetz anzunehmen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Körner (Dnl.) wünscht eine engere Begrenzung des Monopols.

Abg. Dulke (D. Sp.) bedauert, daß das Branntweinmonopol außerhalb des allgemeinen Rahmens der Steuererlasse behandelt wird und wünscht weitestmögliche Umwandlung der Verwertungsstellen in eine Aktiengesellschaft.

Abg. Vuchta (U. Soz.): Wir lehnen dieses Gesetz ab, da die anderen Steuerquellen noch nicht erschöpft sind. Der Arbeiterchaft ist nur der Rat zu geben, dem Beispiel unseres Vizepräsidenten Dietrich zu folgen, der, zwar großer Schnapsbrenner, keinen Tropfen Alkohol genießt und sich blühender Gesundheit erfreut. (Heiterkeit.)

Abg. Dietrich-Baden (Dem.): An dem Monopol wird festzuhalten sein, wenngleich auch mir die Umwandlung der Verwertungsstellen in eine Aktiengesellschaft wünschenswert ist.

Abg. Herbert-Fronken (Papier. Sp.): Das Gesetz bringt namentlich für Süddeutschland ganz besondere Härten.

Abg. Geyer (N.D.): Wir lehnen das Gesetz ab und beantragen eine Entschleunigung, durch die die Regierung aufgefordert wird, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Herstellung, den Transport, die Ein- und Ausfuhr von Branntwein verbietet.

Abg. Hölllein (Komm.): Wir bekämpfen das Branntweinmonopol und wollen es zu Fall bringen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr (Pensionskürzungs-gesetz, Kapitalflucht, Fortsetzung des Branntweinmonopols, Etat des Reichernährungsministeriums). Schluß 6 Uhr.

Krahe in Johannisthal die Leiche eines etwa sieben bis acht Monate alten Kindes, die in ein Latex gehüllt war. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte die Leiche und brachte sie nach der Halle in Baumfuchtweg.

Erneute Erhöhung der Post- und Telegrammgebühren im Auslandsverkehr. Die andauernde Verschlechterung des deutschen Marktes zwingt die Postverwaltung, bei der Gebührenerhöhung im Auslands-Post- und Telegrammverkehr das seit dem 1. März auf 44 M. für den Goldfrank festgesetzte Umrechnungsverhältnis mit Wirkung vom 10. März an auf 50 M. zu erhöhen. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Briefen und Paketen nach dem Ausland maßgebend.

Steglich und Siemensstadt. Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß sich die Ausgabestelle der Zeitungs-Zentrale, die den Vertrieb des „Vorwärts“ besorgt, jetzt in der Düppelstr. 41 befindet. Ausgabestellenleiter ist Herr Berndt. — In Siemensstadt befindet sich die Ausgabestelle der Zeitungs-Zentrale jetzt in der Schulstr. 7. Ausgabestellenleiter ist Herr Töpfer.

Der Zirkus Busch führt diesmal in seinem Manegehausstück mitten unter die Seeräuber, unter edle, romantische und gemütvolle Seebarden. Klaus Störtebeker, der Bekämpfer der Hanja, um den die Sage ein freundlich schillerndes Gewand geschlungen (in Wirklichkeit soll er ein ziemlich bössartiger Seefraß und Raub-brenner gewesen sein), muß den Stoff hergeben. Zwischen wirklich hübsch und geschickt gebauten Bildern wird leider etwas zu viel geredet. Originell ist der im Takt der Holzschube, der Musik rhythmisch angepaßte Reigen der Helgoländerinnen. Dramatisch und szenisch hübsch entwickelt sich eine Seeschlacht alter Fregatten, die sich gegenseitig tragend in den Grund bohren. Der arme Störtebeker geht schließlich einen bösen Weg und endet auf dem Blutgerüst. — Im Rahmen des übrigen Programms wird auch hier die Dame gezeigt, die sich in einer Kiste eingeschlossen zerlegen läßt und doch wohl und munter bleibt.

Heber die sozialpolitische Lage spricht Sonnabend, den 11. März, abends 6 Uhr, in einer Versammlung der freien Arbeitervereine, Nathans, Zimmer 109, Genosse Konrad Harnisch. Ueberdies sind eingeladen.

Die Männer- und Frauenchöre „Ost“ und „Solidarität“, Chorleiter G. Thilo, veranstalten am Sonntag, den 12. März, nachmittags 5 Uhr, ein gemischtes Konzert im Konzerthaus Friedrichshagen, Am Reichshagen 21—23.

Der Vesuv droht wieder.

Der Vesuv ist wieder in Tätigkeit getreten. In der Nacht vom 6. zum 7. März wurden starke Erdstöße verspürt, durch die keine Eruptionen zum Ausbruch gebracht worden sind. Im Innern des Kraters ist die Lava in freiem Steigen begriffen. Ihr Niveau befindet sich am Nordostrande des Kraters nur noch etwa 50 Meter unter dem Kraterrand. Angesichts des riesigen Umfangs des Kraters, dessen Durchmesser bekanntlich mehr als einen halben Kilometer beträgt, ist es unvorstellbar, wann sich die Lavamassen nach außen ergießen werden. Jedenfalls ist die Gefahr eines Ausbruchs des Vesuvus drohend geworden. In den Ortschaften, die dem letzten Ausbruch des Vesuvus 1906 am schwersten betroffen worden sind, greift eine lebhaftere Beunruhigung um sich. Aus Torre del Greco, Torre Annunziata, Boscoreale und Boscoreale, die nicht mehr als 6 bis 7 Kilometer vom Kraterrand entfernt sind, sind viele der Einwohner nach Neapel geflohen. Aber auch in Neapel selbst fängt die Bevölkerung den kommenden Ereignissen an sich zu besorgen, da man einen Ausbruch des Vesuvus befürchtet. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Erdstöße und die sonstigen vulkanischen Beunruhigungen genau in der gleichen Art und Weise auftreten, wie vor dem verhängnisvollen Ausbruch des Vesuvus im Jahre 1906.

Eine Bahnhofshalle durch den Sturm abgedeckt. Gestern mittag wurde die mittlere Kuppel der Innenhalle des Bahnhofes in Velle durch den Sturm abgedeckt. Gesteirne Trümmerstücke zerstörten in der Nähe befindliche Dächer. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Ausbildung der Gewerbelehrer.

In ihren Anfängen, als sie im wesentlichen lediglich eine Weiterbildung der Volksschule war, gehörte die Fortbildungsschule in den Aufgabenkreis des Volksschullehrers. Nach einer Ausbildungsdauer von wenigen Wochen wurden ihm die Fortbildungsschüler anvertraut und man war zufrieden, wenn er im Rechnen, im Zeichnen, im gewerblichen Rechnen und in gewerblicher Buchführung notwendig Bescheid wußte und die nicht ganz leichte Schuldisziplin zu handhaben verstand. Nur in besonderen Fällen, wo eine größere Zahl von Schülern desselben Gewerbes zu einer Klasse zusammengefaßt werden konnten, wurden für den Fachunterricht nebenamtliche Kräfte aus dem betreffenden Berufe — Ingenieure und Meister — gewonnen, oft ohne Rücksicht darauf, ob sie auch die notwendige Lehrbefähigung besaßen.

Heute, wo die Fortbildungsschule nicht nur als Ergänzung der praktischen Unterweisung, sondern vorwiegend als Erziehungsstätte des heranwachsenden Staatsbürgers betrachtet werden muß, genügt eine solche, dem Zufall überlassene Ausbildung der Gewerbelehrer nicht. Die Fortbildungsschule ist kein Anhängsel der Volksschule, sondern sie muß als eine selbständige und besonders wichtige Bildungsstätte für unsere Jugend angesehen werden. Sie bedarf daher hauptamtlicher Lehrkräfte, die für diesen Beruf besonders geschult sein müssen. Dabei muß es grundsätzlich gleichgültig sein, um welche Berufe es sich handelt, nicht nur, weil alle Berufe in verschiedenen Gebieten, wie z. B. im Rechnen, in der deutschen Sprache, in der Staatsbürgerkunde eine gemeinsame Wurzel haben, sondern weil diese Berufe volkswirtschaftlich als gleichwertig aufzufassen sind.

Aus welchen Kreisen soll der zukünftige Gewerbelehrer entnommen werden? Aus dem Lehrstande oder aus den Kreisen der Fachleute? Unstreitig bringt der Volksschullehrer eine Reihe von Kenntnissen mit, die ihm bei der Erziehung zugute kommen. Er ist also der gegebene Lehrer für die ungelernen Berufe. Wo es sich um die gelehrten Berufe des Metall-, Bau- oder Kunstgewerbes handelt, wird er jedoch nur dann die notwendigen Erfolge erzielen, wenn er in dem betreffenden Gewerbe zu Hause ist, es also gründlich erlernt hat. Wer sein Fach nicht gründlicher beherrscht als der fortgeschrittene Lehrling, wird ihm gegenüber eine die Disziplin schädigende und den Erfolg beeinträchtigende Rolle spielen. Daher ist dem Praktiker der Weg zur Gewerbelehrausbildung zu erschließen. Er, der sein Fach handwerksmäßig erlernt hat, der sich weiter dessen theoretische Grundlagen in Fach- oder Hochschulen angeeignet hat, ist der zukünftige Lehrer namentlich für die Fachklassen größerer Städte, wo sich zahlreiche Schüler desselben Gewerbes zu einer Klasse zusammenschließen lassen. Da aber nicht jeder tüchtige Praktiker auch die Befähigung zu einem guten Lehrer besitzt, muß er seine Eignung zum Lehrerberuf nachweisen und sich die pädagogischen, methodischen und volkswirtschaftlichen Kenntnisse aneignen. Es wäre vollkommen falsch und würde dem Geiste unserer Zeit widersprechen, die Zulassung zum Gewerbelehrausbildung an eine bestimmte Vorbildung knüpfen zu wollen. Durch Eignungs- und Aufnahmeprüfungen ist ja leicht der Nachweis zu erbringen, ob sich der Meldende für den Beruf eignet.

Welches sind nun die bestehenden Einrichtungen für die Gewerbelehrausbildung?

Deutschland besitzt sechs Anstalten zur Ausbildung von Gewerbelehrern, und zwar an folgenden Orten: Charlottenburg, Chemnitz, Frankfurt a. M., Hamburg, Karlsruhe und Stuttgart. In Charlottenburg und Chemnitz dauert die Ausbildung gegenwärtig ein Jahr (eine Erweiterung auf zwei Jahre ist in Aussicht genommen); es werden Volksschullehrer und Praktiker nach vorhergegangener Aufnahmeprüfung aufgenommen; es wird eine gewisse lehrlingsmäßige Werkstattdarstellung verlangt. Der Lehrgang wird durch eine Prüfung abgeschlossen, die zur hauptamtlichen Anstellung berechtigt. In Karlsruhe dauert das Studium sieben Semester. Es verlangt Primarstufe und eine mindestens zweijährige Praxis. Die Karlsruher Gewerbelehrausbildungsanstalt bildet sonach Personen heran, die vorher noch keinen Beruf hatten. In Frankfurt und in Hamburg steht die Gewerbelehrausbildung im Zusammenhang mit der Universitätsbildung. Die Teilnehmer müssen mindestens ein Jahr praktisch gearbeitet haben, eine Eignungs- und Aufnahmeprüfung ablegen und werden je nach ihrer Vorbildung ordentliche oder außerordentliche Studierende der Universität. Das Studium dauert in Frankfurt zwei bis vier Jahre, in Hamburg drei Jahre und wird durch eine staatliche Prüfung abgeschlossen. Eine besondere Einrichtung besteht in Stuttgart, wo die Ausbildung der Gewerbelehrer der technischen Hochschule obliegt. Die zukünftigen Gewerbelehrer studieren zusammen mit den übrigen Studierenden die sie interessierenden Fächer, hören besondere Vorlesungen für ihren zukünftigen Beruf und arbeiten in den entsprechenden Laboratorien. Nach acht Semestern werden sie zur Diplomprüfung zugelassen. Da heute die Zulassung zur Hochschule an das Reifezeugnis einer neunklassigen höheren Schule geknüpft ist (eine Änderung scheint zugunsten der höheren Fachschule bevorzustehen), besteht die Gefahr, daß der Gewerbelehrausbildung in Württemberg den Praktikern verschlossen wird, ein Zustand, der entschieden nicht wünschenswert ist. Wenn man den Wert einer guten Allgemeinbildung nach so hoch einschätzt, wird man sich doch fragen müssen, ob die Hochschulbildung für den gedachten Zweck nicht einen großen Umweg bedeutet, ob der Wirkungsgrad dieser Ausbildung nicht zu niedrig ist. Gewiß soll den Hochschulern der Weg zur Fortbildungsschule weit offen stehen, ja es ist zu begrüßen, wenn auch sie ihre Kräfte dieser wichtigen Schulgattung widmen, aber nötig erscheint dieser wissenschaftliche Bildungsgang nicht, da die Erfahrung lehrt, daß sowohl die Praktiker, die Techniker und Handwerksmeister wie die Volksschullehrer auch ohne Hochschulbildung ausgezeichnete Gewerbelehrer sein können. Die Lehrbefähigung ist an keine Vorbildung geknüpft, sie ist eine höchst persönliche Eigenschaft, und da die Fortbildungsschule keine Stätte der Forschung ist, bedarf sie auch nicht derjenigen Kräfte, die die höchste Ausbildung genossen haben. Neben der Lehrbefähigung kommt es naturgemäß auf die Beherrschung des Faches an. Was die bisherige Ausbildung der Volksschullehrer zu wenig enthielt, schlägt hier ins Gegenteil um, das Richtige liegt wohl in der Mitte.

Gegen eine Angliederung der Gewerbelehrausbildungsanstalten an eine technische Hochschule (besser, als an eine Universität) ist an sich nichts einzuwenden, doch sollen sie nicht in ihr untergehen, sie müssen vielmehr ihre Eigenart bewahren. Der Forderung nach dem Hochschulcharakter dieser Bildungsstätten kann sehr wohl Rechnung getragen werden, wenn man bedenkt, welchen Schulgattungen heute die Bezeichnung „Hochschule“ verliehen wird.

Allen diesen Bestrebungen stehen die Schwierigkeiten finanzieller Art entgegen, die mit einer Verlängerung des Studiums zusammenhängen. Eine solche Verlängerung würde das Studium nur wohlhabenden Kreisen ermöglichen und die für den Beruf prädestinierten Söhne von Angestellten und Arbeitern, die sich bisher ihm gewidmet haben, von ihm ausschließen. Sie sind daher von den Gewerkschaften zu bekämpfen, wenn sie einer Verschwendung von Kraft, Zeit und Geld vorbeugen wollen und die Erziehung des gewerblichen Nachwuchses den Händen anvertrauen wollen, die dazu am besten geeignet sind.

Staatlicher Seminarkursus für Gewerbelehrer.

Die Dauer der bisher einjährigen Ausbildung der Gewerbelehrer am staatlichen Seminarkursus hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe im Hinblick auf die wichtigen Aufgaben, die den Berufsschulen bei der Heranbildung eines leistungsfähigen Nachwuchses für Industrie, Handel und Gewerbe erwachsen, auf mindestens drei Semester festgelegt. Jedoch können Diplomingenieure, Studienreferendare der naturwissenschaftlichen Fächer, Doktoren der Chemie und Doktoren der Volkswirtschaftslehre bereits nach einem Jahre zur Prüfung zugelassen werden, wenn sie eine hinreichende Erfahrung im Berufsschuldienst besitzen. Der nächste, am 22. April beginnende Seminarkursus für Preußen wird folgende Berufsgruppen umfassen: 1. Metallgewerbe, 2. Baugewerbe, 3. Kunstgewerbe, 4. Nahrungsmittelgewerbe, 5. Bekleidungsindustrie, 6. ungelernete Arbeiter.

Die Meldungen zur Aufnahmeprüfung sind bis zum 1. April unmittelbar an die Leitung des staatlichen Seminarkursus, Charlottenburg, Bismarckstr. 166/167, zu richten, von der auch die näheren Aufnahmebedingungen bezogen werden können.

Wirtschaft

Großer Erfolg der Leipziger Messe.

Am Mittwochabend betrug nach WTB die Gesamtzahl der geschäftlichen Messebesucher, denen Dauerausweise verabfolgt waren, über 140 000. Das ist eine Zahl geschäftlicher Besucher, wie sie bisher noch nie auf einer Messe des In- oder Auslandes verzeichnet worden ist. Unter den Besuchern waren Angehörige aller Staaten der Welt. Besonders stark waren Deutschland, Österreich mit über 2500, die Tschechoslowakei mit über 3000, Holland mit über 1500 Besuchern vertreten. Sogar Bulgarien hatte rund 700 Messebesucher entsandt. Der Verkehr aus Uebersee entsprach dem der vorjährigen Frühjahrsmesse.

Während sonst in der zweiten Hälfte der Messwoche das Geschäft abzulauen pflegt, ist die Warennachfrage am Donnerstag noch ebenso groß, wie an den Vortagen, jedoch können Abschlüsse in vielen Branchen nur noch mit erheblichen Lieferungsfristen zustande kommen. Zahlreiche Stände tragen das Wort „Ausverkauf“. Dasselbe Beobachtung wird auch auf der Technischen Messe gemacht.

Weltwirtschaftskrise und Arbeiterschaft.

Die Wirtschaftskrise in den westeuropäischen Staaten wird durch Deutschlands Stellung zweifach verstärkt: durch die Unterwertung des deutschen Geldes, die sich als Folge der Reparationslasten ergab, ist die deutsche Exportfähigkeit gefördert, dem Valutadumping der Weg geöffnet worden. Da ferner die Reparationslasten schließlich nur mit Waren zu bezahlen sind, und Deutschland deshalb seinen Export mit aller Macht betreiben muß, wurde seine Konkurrenz auch aus diesem Grunde schwer fühlbar. Monatslang beklagten sich die wirtschaftlichen Kreise dieser Länder über die deutsche Konkurrenz, und überall sind Maßnahmen zur Verhinderung der deutschen Einfuhr getroffen worden. In den letzten Zeiten scheint jedoch ein merkwürdiger Wandel eingetreten zu sein. Die Klage über die deutsche Konkurrenz werden immer weniger laut. Ein Prozeß, der heute schon stark im Gange ist, macht sich immer stärker bemerkbar, nämlich die Angleichung der deutschen Exportpreise an die Weltmarktpreise. Daß die deutsche Handelsbilanz in den letzten Monaten aktiv wurde, darf darüber nicht hinwegtäuschen. Die „Times“ können bereits berichten, daß belgische Metallfabriken die deutschen Kruppwerke in Bulgarien um 14 Proz. unterboten haben, daß sie nach Holland und Brasilien billigere Angebote machen konnten als Deutschland. Der belgische Korrespondent des Handelsblattes des „Manchester Guardian“ schreibt, daß Belgien nicht mehr wegen der deutschen, sondern wegen der Konkurrenz anderer Länder, und zwar Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten besorgt sei, die ihm viel gefährlicher schienen als die Deutschlands. „Economist“ schreibt in einem Aufsatz über die englische Stahlindustrie: „Die deutschen Stahlpreise sind, in Edelmetalle umgerechnet, noch etwas unter dem Weltmarktpreis, infolge der Steigerung der deutschen Produktionskosten erhöhen sich jedoch diese sprunghaft. Auch kann die Ausfuhr der deutschen Waren nicht glatt erfolgen, und so sind die ausländischen Besteller gern bereit, ihren Bedarf wieder auf dem englischen Markt einzudecken.“

Der Prozeß der Angleichung geht auf zweierlei Weise vor sich: durch die Erhöhung der deutschen Produktionskosten und die Verminderung der ausländischen. Die deutschen Produktionskosten sind erhöht worden durch die Geldentwertung, steigende Kosten der Rohstoffbeschaffung und große Unternehmerrisikogewinne, während sich der Reallohn des deutschen Arbeiters gleichzeitig verringert hat. Die englische Zeitschrift „Nation“ (25. Februar) schreibt darüber:

„Die englische Wirtschaftspolitik trachtet, die deutschen Produktionskosten bis auf die Höhe der Weltmarktpreise hinauszutreiben, so aber, daß gleichzeitig die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft die bedeutenden Vorteile, die sie in den ersten Monaten nach der Revolution errungen hat, wieder einbüßt. Diese beiden Faktoren: die Verschlimmerung der Lage des deutschen Arbeiters, gleichzeitig mit Erhöhung der Produktionskosten der deutschen Industrie, sollen ermöglichen, daß auch der britische Arbeiter auf das Lebensniveau des kontinentalen herabsinkt.“

Auf der anderen Seite sind die Produktionskosten in den westeuropäischen Ländern gewaltig herabgedrückt worden. So kostet jetzt englische Kohle statt 62 Schilling Anfang 1921 nunmehr 25 Schilling Anfang 1922, Kohleisen statt 225 Schilling per Tonne nur 90 Schilling, Stahlschienen statt 25 Pfund per Tonne weniger als 10 Pfund usw. Die englischen Kohlenpreise sanken Ende 1921 um 60 Proz., die französischen um 52 Proz., die belgischen um 25 Proz. Ebenso verhält es sich mit anderen Waren und — wenn auch nicht in gleichem Maße — in anderen Industrieländern.

Diese Verbilligungen sind ausschließlich durch Lohnherabsetzungen erzielt worden. In England betragen die 1921 bezahlten Löhne um 2 Milliarden Pfund weniger als 1920; eine

Wohlfahrtserhöhung von durchschnittlich 30 Proz. ist durchgeführt worden. Selbst dort, wo die Lohnherabsetzungen infolge der Verbilligung der Lebenshaltung durch Tarifverträge nach gleitender Lohnskala vorgenommen wurden, ist der Reallohn des Arbeiters, wie auch der bürgerliche „Consumer price“ jugend, gesunken. Besonders in der Berg- und Metallindustrie ist der Reallohn tief unter dem Vorkriegsstand.

So trachtet man haben und drüben, die Wirtschaftskrise auf dem Rücken des Arbeiters auszutragen. Dieser Weg der Not und der Leiden breiterer Volksschichten kann jedoch nicht zum Ziele führen, er kann die Abfahrtskrisis nicht beheben. Solange die politischen Hindernisse nicht aus dem Wege geräumt werden, solange die Weltwirtschaft nicht wiederhergestellt wird, kann die auf Kosten der Arbeiterschaft erzielte Produktionsverbilligung kein Heilmittel gegen die Krise sein.

Kapitalerhöhung der Disconto-Gesellschaft. Der Aufsichtsrat dieser großindustriellen Bank, die insbesondere schwerindustriellen Interessen dient, beschloß die Erhöhung ihres Kapitals um 200 auf 610 Millionen Mark, wovon 10 Millionen zum Erwerb von Beteiligungen anderer Bankgesellschaften dienen sollen. Die Disconto-Gesellschaft wird nach dieser Kapitalerhöhung, die den Besitzern alter Aktien ein hohes Bezugsrecht bringt, das größte Aktienkapital der Großbanken umfassen. Es folgen ihr dicht die Darmstädter Bank mit 600, die Dresdner mit 550 und die Deutsche Bank mit 400 Millionen Mark.

Die Deutsche Gewerbeschau in München 1922 wird am 13. Mai eröffnet.

Rannemann-Konsolidation. Wieder geht eine große reine Kohlenzeche in den Besitz der Großhüttenindustrie über. Der Aufsichtsrat der Rannemannhüttenwerke faßte folgende grundsätzliche Beschlüsse: Den Aktionären der Bergwerksgesellschaft Konsolidation soll der Umtausch ihrer Aktien in solche der Rannemannhüttenwerke vorgeschlagen werden. Auf jede Aktie der Konsolidation sollen 1½ Aktien der Rannemannhüttenwerke und 1000 Mark entfallen. Gleichzeitig ist ein Interessengemeinschafts- und Betriebsvertrags vorgesehn. Das Aktienkapital der Rannemannhüttenwerke soll entsprechend erhöht werden. Auch für einige bereits erfolgte kleinere Anleiherhebungen sollen neue Aktien ausgegeben werden. Ferner soll das Aktienkapital der Rannemannhüttenwerke einschließlich der obigen Neuausgaben derart erhöht werden, daß auf zwei Rannemann-Aktien eine neue zum Kurse von 500 Prozent entfällt. Schließlich sollen weitere 10 000 000 bis 12 000 000 Mark neue Aktien geschaffen werden. Nach Durchführung aller dieser Kapitalerhebungen wird sich das Aktienkapital der Rannemannhüttenwerke auf 190 bis 192 Millionen Mark belaufen.

Korfanj als Industrieller. In Kattowitz ist einer Meldung der „Ruhpreß“ aus Warschau zufolge eine französisch-polnische Aktiengesellschaft gegründet worden, welche die dem Staate gehörenden Bergwerke in dem an Polen abgetretenen Teile Oberschlesiens auf die Dauer von 36 Jahren gepachtet hat. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Aktiengesellschaft wurde der ehemalige Leiter der ober-schlesischen Aufstände Korfanj gewählt.

Erhöhung des Zollaufschlages in Deutschland. Nachdem erst vor kurzem für alle Waren, die nicht in der Zollgoldliste enthalten sind und dem Goldzoll unterliegen, das Zollaufgeld auf das 500fache des Zollfußes erhöht worden ist, haben nunmehr die zuständigen österreichischen Stellen mit Wirkung ab 9. März eine neuerliche Erhöhung dieses Zollfußes auf das 700fache des Tariffußes vorgenommen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Freitag, den 10. März:

Januarfeier. Gruppe Radler: 7½ Uhr in der Gemeindefabrik Rathausstr. 26, Vortragsabend. — Gruppe Radfahrer: 7½ Uhr in Ursinshaus Albrechtstraße, Vortragsabend. — Arbeitsgemeinschaft Eisen: 8½ Uhr in der Juristischen Gesellschaft, Vortragsabend. — Arbeitsgemeinschaft: 7 Uhr in der Juristischen Gesellschaft, Vortragsabend.

5. und 6. Kreis. Der Verein Arbeiter-Jugend veranstaltet zum Besten des Arbeiterjugend-Kombi ein Souböris, den 11. März, in der Aula des Leibniz-Gymnasiums, Mariannenplatz 28, einen Volksfestabend. Der Gewerkschaftsführer Friedrich Wendel spricht über die „Sozialistische Satire“. Eintrittspreise 2 M. und am Eingang zu haben.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, SB. 68, Lindenstr. 2, 2. Hof, 2. Tr. Telefon Rosinplatz 121 08—121 10.

Heute, Freitag, den 10. März:

Bein: Jugendheim Chausseest. 49, Vortrags: „Wir arbeiten unsere Organisation“. — **Charlottenburg:** Jugendheim Rosinplatz 4, Vortrags: „Die Werte“. — **Hakenfelde:** Jugendheim Gemeindefabrik Vahlestr. 35, Vortrags: „Was ist Bildung?“. — **Köpenick:** Jugendheim Gemeindefabrik Waldenstr. 21, Vortrags: „Die Entstehung der Erde“. — **Neukölln-Süd:** Jugendheim Rosinplatz 49, Diskussionsabend: „Schnelle Reisen“. — **Neukölln-Nord:** Jugendheim Gemeindefabrik Holzmarktstr. 19, Vortrags: „Die Entwicklung der Arbeiterbewegung als Vorkämpfer der Kultur“. — **Wilmersdorf:** Jugendheim Vahlestr. 35, Vortrags: „Religion und Sozialismus“.

Kreize Friedrichshagen und Falkisches Tor. Am Sonnabend, den 11. März, findet in der Aula des Leibniz-Gymnasiums, Mariannenplatz 28, ein Volksfestabend zum Besten des Arbeiterjugend-Kombi statt. Der Gewerkschaftsführer Friedrich Wendel spricht über die „Sozialistische Satire“. Eintrittspreise 2 M. und am Eingang zu haben.

Arbeitersport.

Freie Turnerschaft Groß-Berlin. Sonnabend: Vereinssozialturnen in Schöneberg, Turnhalle Berliner Straße (Ecke Eisenacher Straße), 7½ Uhr. Turnordnung: Bundesfest. — Mittwoch: Turnsozialturnen, Kiebitzstraße, 12 Uhr.

Fußballspiele der Märkischen Spiel-Vereinigung. Die 8 Vorrundenspiele am Sonntag, den 12. März, nach 3 Uhr, sollen die sportliche Ausbeute dieses Jahres aus rund 100 Vereinen der Arbeiterfußballer mit je 3 bis 7 Mannschaften dar. Nachstehend die beteiligten Vereine und die Sportplätze: **Astoria** (Königsplatz) Turnverein in Köpenick, Marienstr. 54; **Köpenick-Turnverein** (Königsplatz) 1919 in Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Straße; **Verlag 1905** (Obersee) in Oranienburg, Rönigkallee; **Wilmersdorf**, 8. Hof; **Spandau** in Charlottenburg, Repplerstraße 39; **Wilmersdorf** (Königsplatz) in Rosowen, Karl Habelberg; **Wilmersdorf** 1920 (Königsplatz) in Berlin O., Gieselerstr. 36; **Köpenick** (Königsplatz) in Wilmersdorf, Thuner Straße (Fischplatz).

Geschäftliche Mitteilungen.

Wilde Äpfel. Im vergangenen Sommer einmahlige hohen erntefähiger Stufe, darunter größere Mengen englischer Wildäpfel, sind in den letzten Wochen unter Verwendung besserer Futtermittel zu Äpfeln verarbeitet worden und gelangen jetzt zu sehr vorteilhaften Preisen im Leibhaus Brunnenstraße 5 zum Verkauf.

Wetter bis Sonnabend mittag. Bismlich milde, zeitweise heiter, aber veränderlich mit einzelnen leichten Regenschauern bei schwachen, vorübergehenden südwestlichen Winden.

Alte Reserve

W i n k e l h a u s e n

die deutsche Weinbrandmarke

Lebensmittel

Rindfleisch gesalzen Pfd. 10⁵⁰ Rindfleisch ohne Knochen, Pfd. 12⁵⁰
 Rinderherzen gefror. Pfd. 9⁵⁰ Landbutter ... 1/2 Pfd. 21⁰

Frisches Fleisch

Kalb-Vorderfleisch Pfd. 14⁰⁰
 Kalbs-Keule Pfd. 16⁰⁰
 Suppenfleisch Pfd. 16⁰⁰
 Schmorfleisch mit Knochen Pfd. 18⁰⁰
 Gehacktes Pfd. 17⁰⁰
 Schweinefleisch Pfd. 25⁰⁰

Wurstwaren

Leberwurst Pfd. 24⁰⁰
 Rotwurst Pfd. 24⁰⁰
 Jagdwurst Pfd. 29⁰⁰
 Fleischwurst Pfd. 33⁰⁰
 Schinkenspeck Pfd. 30⁰⁰
 Mettwurst Braunschweiger Art Pfd. 32⁰⁰

Monopol-Kümmel oder Klarer Flasche 31⁰⁰
 Brantwein: Aquavit Flasche 34⁰⁰

Frische Blut- und Leberwurst Pfd. 15⁰⁰

Margarine Pfd. 27⁰⁰ Harzer Käse Pfd. 15⁰⁰ Heringe (grüne) Pfd. 42⁰⁰
 Speisefett Pfd. 30⁰⁰ Sahnenkäse Pfd. 22⁰⁰ Salzheringe groß 95 Pf.
 Rindertalg ausgel. Pfd. 26⁰⁰ Tafelkäse Stück 325 Bücklinge geräuchert 8⁰⁰
 Landspeck fett od. mag. Pfd. 38⁰⁰ Landkäse Stück 625 Sprotten geräuchert 375
 Landkäse Stück 625 Sprotten 1/4 Pfd. 375

Frische Landeier Stück 325

Jandorf

Belle-Alliance-Str. Gr. Frankfurter Str. Brunnenstr. Kottbuser Damm Wilmsdorfer Str.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
 Der Barbier v. Bagdad
 7 1/2 Uhr

Schauspielhaus
 Zum 1. Male:
Genoieva
 7 Uhr

Deutsch. Theat.
 8: Die Wölfe
 Sonnab. 7 Uhr 1. Male:
 Judith

Kammerspiele
 8: Anstol
 Sonnabend 8: Anstol

Gr. Schauspielh.
 (Karlstraße)
 7 1/2: Orpheus in der Unterwelt
 Sonnab. 7 1/2: Orpheus in der Unterwelt

Theater L. d. Königrätzer Str.
 Täglich 7:30 Uhr: Die wunderlichen d. Kapellmeisters Kreiser

Komödienhaus Karussell
 mit Maria Orska, Joh. Hermann, Ralph Art. Roberts

Berliner Theat.
 7:30: Einer von unsre Leut'

Carl Ciewing, Oscar Sabo, Leonh. Haskel, Melitta Kiefer

Central-Theater
 7 1/2: Das Detektivmüdel

Deutsches Opernhaus
 7 1/2: Die Fledermaus
 Friedr. Wilhelmstr. Th.

Martha
 Intimes Theater
 8: Bubi will nicht mit Sena Singen
 Die Pelische und ...
 Klein. Schauspielhaus
 7 1/2: Der keusche Lebemann

Lustspielhaus
 8: Der Werwolf

Metropol-Theater
 7 1/2: Die Bajadere
 Neues Operetten-Th. Geschlossen

Sonnab. Uraufführung
 7 Uhr: Lady Chic
 Neues Operettenhaus
 Schöneb.-Hauptstr. 141

7 1/2: Schim' Dich, Lotte
 Neues Theater am Zoo

7 1/2: Scampolo
 Neues Volkstheater

7 1/2: Falscher
 Schiller-Th. Charlitzg.

Robinsons Eiland
 Schloßpark-Th. Stoglitz
 Schloßstr. 43

7 1/2: Der Hahn - Der Geizige
 Thalia-Theater

7 1/2: Die Herren von und zu ...
 Theat. am Nollendorfpl.

7 1/2: Carmen
 7 1/2: Die Eine im Kreise
 Theater des Westens

7 1/2: Der Tanz ins Glück
 Theater in der Kommandantenstr. Geschlossen

Waller-Theater
 7 1/2: Die Spitzenkönigin
 Walkalla-Theater

7 1/2: D. Hebe Augustin

Volksbühne
 Theater am Bolowplatz
 7 1/2: Die Ratten

Lessing-Theat.
 7 1/2: Flamme
 (Dorsch, Heilich, Götz, Fröckl)
 Sonnabend u. Sonntag 7: Faust
 Montag 7 1/2: Flamme

Deutsches Künstler-Th
 Altabendlich 7 1/2:
 Operetten-Gastspiel:
Der geizige Verschwender
 (Max Adalbert)

Residenz Theat.
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Eine Frau ohne Bedeutung
 Trietsch, Arnstadt, Bertens, Körff, Sandrock, Schindler

Trionon-Theat.
 Täglich 8 Uhr:
Elga
 v. Gerhart Hauptmann
 Conrad Feldt, Jos. Klein, W. Schandon, Eil. Tietz)

Kleines Theater
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzollen?
 (Junkermann, Albers, Schönemann)

Komische Oper 7 1/2
 Dir. Jam. Klein
Letzter Monat Die große Revue Der Herr der Welt
 Max Landt, Bruno Kastner, Sascha Dura, Wilh. Hartstedt, Franz Gross, Paul Westermeyer, Lotte Werkmisler, Herta Richter, Erna Alberti

Theater d. Ostens
 (Rose-Theater)
 7 1/2 Uhr:
Für tot erklärt
 Vorher: Wegweiser z. Eheglück

Admirals-Palast
 7 1/2 Uhr:
Futuristisch. Karneval
 Die Prinzessin v. Tragant im Gespensterschloß

Metropol-Varieté
 Behrenstr. 34
 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Arnold Kopff
 Herbert Kiper, Paul Rehkopf, Frieda Lehmann in der Sensations-Groteske Das Selbstmordhotel
 Dazu: 9 Varieté-Attraktionen

8 Uhr
SCARPA
 Varieté
 Sonnt. 3⁰⁰ z. halb, Pr. d. voll. Progr.

Im Theater L. d. Königrätzer Str. ging das phantastische Melodram

Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreiser

in drei Teilen (42 Bildern) von Carl Meinhard und Rudolf Bernauer, Musik von E. N. von Reznicek, am letzten Dienstag bereits zum fünfundzwanzigsten Male unter atemloser Spannung eines künstlerisch gebantenen Publikums in Szene.

Russ.-Deutsch. Theater
Der blaue Vogel
 Goltzstraße 9
 Nollendorf 1613
 Anfang 8 1/2 Uhr
 Vorstellung Altabendlich!

Casino-Theater
 Lothring. Str. 37 Tägl. 7 1/2
 Die neue Berliner Posse
Familie Gänslein
 Vorher: Lachende Liebe
 Ges.-Posse d. d. neurst
 Schlager „Summitrost“
 Stg. 3⁰⁰: Zigeunerleben

Passage-Theater
 Unter d. Linden 22-23
 Dir.: H. Sollman
 2 Uraufführungen 2
Der Schatten d. Gehängten
 Spann. Sensations-Film in 6 Akten
 Hauptdarstellerin:
 Wanda Treumann

BTL
 Potsdamer Str. 46
Fern Andra
 in:
 Des Lebens u. der Liebe Wellen
 Turmstr. 12
Henny Perlen
 in Frauenopfer
 Alexander-Pass
 Die Intrigen d. Mme. de la Pommeraye
 Pridenau, Rheinf. Eimer/Mutter Sünde

Inseriere im Vorwärts

Großer Erfolg!

Inseraten - Annahme in der Hauptexpedition Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, sowie in sämtlichen Geschäftsstellen der Zeitungs-Zentrale (Z. Z.)

CIRCUS BUSCH
 Tägl. 7 1/2. Sie auch 3 U.
 Die Seeschlacht vor Helgoland
 Packend Bild des Kaiser-Schauspiel
Sibirier
 der Seeüber vorher: 10 fesselnd. Circus Sensation!

Theat. a. Kottb. Tor
 Tel. Moritz 16077
 Regl. 7 1/2 Uhr u.
 Str. nachm. 3 U.
Elite-Sänger
 10 Herren!
 Mit: Rom!l!
 Rom. holl. Preise
 Hof. 11-13 u. 4-6

WINTERGARTEN
 Modenschau 1922
 sowie der große
Varieté-Spielplan!
 Rauchen gestattet!

Reichshallen-Theater
 Altabendlich 7 1/2 Uhr u.
 Sonnt. nachm. 3 U.
Stettiner Sänger
 Nachm. halbe Pr.
Dönhoff-Brett!
 Anf. 7 1/2 Uhr

Pelz-Haus asuco
 Leipziger Str. 58
 Zahlungsverleicher.

Wilhelm **Kartstein**
 in d. lustig. Skizzen
Die Garbeige
 von Max Brady
 Außerdem ein Riesens- Programm mit folgend. Künstlern:
 Lebende tanzende Bilder
 großes Ballett von Egon Melkow
 Muschi Vesta
 Freda Bellachini
 Lena Neumann
 Richard Schwarz
 Trants van der Kerker
 Bobby Stefs
 Anita Schutze
 Die Elite-Sänger
 Erika Feice
 Dietrich Lips
 Sing-Sang im Auditorium

Täglich Nachmittags-Vorstellungen

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsbüro Berlin N 54, Littenstraße 83 85.
 Geschäftst. von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
 Telefon: Amt Notizen 833, 834, 835, 836.

Gold- und Silber Schmiede.
 Sonnabend, den 11. März, nachm. 3 Uhr, im Dredecker Garten, Präsidenten Straße 43a;
Branchenversammlung
 aller Kollegen und Kollegen der gesamten Branche.
 Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission über die Verhandlungen betr. die Silber-Schmiede vor dem Schlichtungsausschuss, 2. Stellungnahme der Goldschmiede zu der Einmütigkeit der Kreislager, 3. Disziplin.

Sonnabend, den 11. März, nachm. 4 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 24, Coal 10;
Vertrauensmänner-Konferenz
 für das Rohrlager- und Baulempner-gewerbe.
 Tagesordnung: Bericht über unsere Lohnverhandlung.

Da in dieser Konferenz die Donatisten zur nächsten Versammlung ausgegeben werden, ist es Pflicht eines jeden Vertrauensmannes, zu erscheinen!
Wichtige!

Gewindeschneider, Stehbohlen-einzieher und Stehender.
 Sonntag, den 12. März, vormittags 10 Uhr, bei Schlo, Lindauer Straße, am Dönh. Weidung;
Wichtige Versammlung.
 Erscheinen unbedingt notwendig.
 Die Ortsverwaltung.

Warnung.
 Meine hiermit jede Verlan, mein Grundbuch
Chirurgen-Dr. Hertenstr. 28, am 13. d. M.
 zu betreten. Ich bemerke, daß mir meine Ver-
 einbarung als Wohnung für mich, meine
 Heilichkeit im Alter von 67 Jahren und als
 Hausvater mit dem jahrelangen Personal seit
 Oktober 1919 dient. Seit ich diese in Rede stehende
 Wohnung für einen jugendlichen Mann be-
 nutze, so daß ich meine Heilichkeit und das
 Rentnerpersonal in die Gefahr bringe, habe ich
 aus einem Zimmer, einer Wohlfühle und einem
 warmen Badewasser Hause untergebracht werden
 sollen. Jegliche Wohnung war früher vom
 Vermieter besetzt und nicht schon mehrere Jahre
 vorher benutzt worden, welche ich um diese
 Zeit mit dem Vermieter beauftragt habe, mich die
 Genehmigung zum Wohnsitz hierin zu erteilen.
 Da bisher alle Rechte und Befugnisse vom
 Oberpräsidenten abgelehnt wurden, ist durch meinen
 Rechtsanwalt, Herrn Dr. Weberg, gegen den Ober-
 präsidenten und Magistrat Berlin die Klage beim
 Oberverwaltungsgericht eingeleitet worden. Ferner
 die Einziehung vom Oberverwaltungsgericht nicht
 getroffen ist, werde ich den Jurist über ungenügend
 Berlin zu meinen Hause mit eigenem Anwalt
 betämpfen.
 J10881 S. Steinberg.

Zinn Läuse Wanzen
 Gold-, Silber-Bruch, 1000 Stück auf jeden
Quecksilber, Ecolida 1/2 Stunde
 Diel, Kupfer, Platin usw. geföhrt. Lieber be-
 zeugen Sie sich (so hoch beg.) 101g u. Sie können
Verlangen Sie nur Ecolida Gold-
Werde, Offen. Zu haben in d. Drogerien: Berlin G:
 Drug. Proger, Frau Promenade 2, Wille 101; Wöhr:
 G. J. Neumann, Grödenstr. 36; N. W. Ocker,
 Hallescher Str. 15; Drogenhaus Wandl, N. O.
 Born, Alt-Moabit 45 (gegenüber Rosenstr.); N. O.
 O. Richter, Köpenick, 2; Neudorf-Drog.,
 O. Richter, 22; Drug. Krug, Reinickendorfer Str. 119;
 G. Knappe, Reinickendorfer Str. 88; O. Rausler,
 Mühlstr. 12; am Neepolplatz; Bräcker Dro-
 gerie, Köpenick Str. 49; Humboldt-Drog.,
 Baumstr. 90; G. Caspe, Brunnenstraße 137;
 Wilmann, Jussufstr. 33 (Stettiner Bahnhof);
 Drug. G. Schweißler, Oranienburger Str. 69 (Eins-
 parung Kirchstr.); N. O. Hubertus-Drog.,
 Gierstr. 48; Neptun-Drog., Sandberger Str. 65;
 G. Cuffe, Schönehauser Allee 98; O. Hübner-
 Drog., Kleine Sandstraße 13; Dietrich, Gellner-
 burger Str. 7; Gloden-Drog., Fehrbellener
 Str. 88, am Palmplatz; S. O. Berger, Fehrbellener
 Str. 10; Zentral-Drog. und Sandstr. 10;
 bes. Gellner, Prandauer Str. 15; S. S. Sebefe,
 Reichenhauer Baum 11; S. W. Drug. G. W. Weich,
 Mühlstr. 1; Charlottenburg: Stephan-Drog.,
 Wilmersdorfer Str. 158; Köpenick: J. Geinrich,
 Trautlauer Allee 157; Neudorf: Zentral-Drog.,
 Köpenick, 85; Drogenhaus Wenzlaff, Repp-
 hagen-Str. 108; J. Wandl, Köpenickstr. 1;
 Drogen: Georg Gergs, Weite Str. 40;
 Schöneberg: Proctorhaus Oswald Schiller,
 Hasenstr. 4; Steglitz: Drogen und Verlanrie
 Drug. Albrecht, 11; Süden: Drug. J.
 Dreder, Köpenick Str. 34; Legel: G. Jaco-
 bin, Berliner Str. 93; Tempelhofer: Gedde
 Dittner, Berliner Str. 90 am Markt; Drogen:
 Drogenhaus H. Gurgel, Gurgelstr. 31; Weihen-
 see: Gröne Drogerie, Berliner Allee 14
Gen.-Vertr.: G. Hellmuth Berliner Str. 1

Kein Zwischenhandel,
 daher zahlen wir unüberhörbare Preise für
Gold-, Silber-, Platin-,
Böcksch, Klein- und Silber-Sachen
 Zentrum:
 Kleine Frankfurter Straße 1
 Uhrmacher 3 Minuten vom Alexanderplatz
 u. Juweliere
 Osten:
 Krossener Straße 16
 2. Haus von d. Simon-Dac- Str.
 Przybylski

Der weiteste Weg zu mir lohnt sich sehr!
 Verkauften Sie daher anderwärts nichts zu billig, ich kaufe ohne zu handeln
 und zahle stets den allerhöchsten Tagespreis für
Gold-, Silber-, Platin-, Gebisse
 Uhren, Ketten, Brosche, Zahnstifte, Zahne
 Silber-, Bestecke, Bruch, Kontakte, h. 300,-
 Ketten, Bruch, Brennstifte, s. 300,-

Schmucksachen + Münzensammlungen
 Wollen Sie wirklich sehr hohe Preise erzielen, so wenden Sie sich ver-
 trauensvoll nur an die handelsgerichtlich eingetragene Firma
Richard Herrmann, Wilhelmstr. 39 Ecke Kochstraße, nahe An-
 halt u. Potsdam. Bahnhof
 Vom Publikum höchstzahlende und reelle Ankaufsstelle anerkannt.
 selbst als eine
 Vorzeiger dieser Anzeige erhält beim Verkauf 5 M. extra.

GARDINEN
 Einzelverkauf von Erzeugnissen erster böhmischer Gardinenfabriken
Besonders billige Oster-Angebote!
 Wir stellen zum nahenden Feste größere Posten feiner Qualitätsgüter zu ausnahms-
 weise niedrigen Preisen zum Verkauf. Schon jetzt können Sie sich Ihren Bedarf durch
 Anzahlung sichern. Warten Sie nicht länger!

Keine Warenknappheit, sondern Riesenauswahl
 besonders in besseren Künstlergardinen ... schon von 150 M. an
 Madrasgardinen, reich bestickt, in jeder Preislage
 Halbstores ... von 150 M. an. Tischdecken ... von 125 M. an
 Meterware, feinste Qualitäten, alle Breiten, ferner Spannstoffe,
 Etamin, Zuggardinen, Tischdecken, Messingstangen.

Gardinenhaus Hugo Roick
 Sebastianstraße 24, II. Etage, nahe Moritzplatz.
 Fahrtvergütung!

Wir bringen einen großen Posten selbstgefertigter **Frühjahrs-Modelle**
 Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Covercoats, Cutaways usw.
 aus feinstem Gabardine, Covercoats, Homespun, hell und dunkel, Kammgarne, t. T. englische
 Stoffe, in reiner Wolle, nur erstklassige Rohbaar-Vorbereitung, jeder Maßarbeit gleich,
 solange die Vorräte reichen **zu ganz besonders billigen Preisen** zum Verkauf.
Preise: 1800, 1600, 1400, 1200, 1000, 900, 800 M.
Brunnenstraße 5 :: Leihhaus :: Brunnenstraße 5 direkt am Rosenthaler Tor
 Heute kann nur derjenige leistungsfähig sein, welcher groß und frühzeitig disponiert hat.
 direkt am Rosenthaler Tor
 Bitte Hausnummer beachten!
 Keine Lombardware!